

Der Landesstreik in der Region Bern

Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen

Adrian Zimmermann

1. Einleitung

Der Landesstreik gilt als schwerste innenpolitische Krise in der Geschichte der modernen Schweiz seit dem Sonderbundkrieg von 1847. Ziel des vorliegenden Artikels ist es, die Vorgeschichte, den Verlauf und die Folgen der Novemberstreiks in der Stadt Bern und ihrer Umgebung nachzuzeichnen. Das Spannungsverhältnis zwischen der mehrheitlich sozialdemokratischen Stadt und den rein bürgerlichen Regierungen auf Kantons- und Bundesebene, die hier ihren Sitz hatten, wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Als Sitz der Bundesbehörden bildete Bern neben der Wirtschaftsmetropole Zürich eines der geografischen Zentren dieser Kraftprobe.

Zudem stand der Landesstreik in einem transnationalen Kontext: Er bildete für die Schweiz den Höhepunkt der Protest- und Streikwelle, die durch die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs ausgelöst wurde, auch die neutralen Länder erfasste und in einigen Ländern zum revolutionären Umsturz der politischen Herrschaftsordnung führte. Wie der amerikanische Sozialhistoriker James E. Cronin betont, ist diese seit der russischen Februarrevolution von 1917 beschleunigte internationale Bewegung mit der Kriegsmüdigkeit sowie dem Unmut über die Teuerung und die Versorgungslage allein nicht ausreichend zu erklären. Sie konnte nur deshalb einen derartigen Umfang annehmen, weil die Arbeiterinnen und Arbeiter in schlagkräftigen Organisationen zusammengeschlossen waren und deshalb ihrem Protest auch wirksam Ausdruck verleihen konnten. Günstig auf die Bildung eines ausgeprägten Klassenbewusstseins und starker Organisationen der Lohnabhängigen hatten die bereits in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Umbrüche in der Produktions- und Lebensweise gewirkt. Die Innovationen der sogenannten zweiten industriellen Revolution ermöglichten den Durchbruch von stärker mechanisierten und in grösseren Fabriken konzentrierten Formen der Produktion. Im Unterschied zu den Betrieben der Frühindustrialisierung, die sich vor allem in ländlichen Gebieten entwickelte, siedelten sich die neuen Produktionsstätten auch hierzulande oft in den städtischen Zentren oder in deren Nähe an. Rund um die Fabriken entstanden Arbeiterquartiere, die von einer selbstbewussten und vielfältigen proletarischen Subkultur durchdrungen waren.¹ Gerade in der Stadt Bern, die bis ins letzte Viertel des 19. Jahrhunderts nur schwach industrialisiert war, lassen sich diese in ganz Europa gleichzeitig auftretenden Prozesse einer beschleunigten Industrialisierung und Urbanisierung in fast idealtypischer Form beobachten.²

Die Intensität und das hohe Tempo dieser Prozesse erklären weitgehend, warum in der oft irreführenderweise als Beamtenstadt bezeichneten Bundesstadt eine starke und schlagkräftige sozialistische Arbeiterbewegung entstehen konnte. In der Berner Arbeiterunion, die 1932 in das Gewerkschaftskartell der Stadt Bern und die sozialdemokratische Stadtpartei aufgeteilt werden sollte,³ schlossen sich – nach ersten Versuchen Ende der 1860er- und Mitte der 1870er-Jahre – 1890 dauerhaft verschiedene Gewerkschaften und politische Arbeitervereine zusammen.⁴ Das seit 1890 bestehende Arbeitersekretariat förderte die Gründung weiterer Gewerkschaften und von sozialdemokratischen Quartiersektionen. Als Presseorgan erschien ab Dezember 1892 die *Berner Tagwacht*; schon nach wenigen Jahren konnte die Zeitung in der 1898 gegründeten Unionsdruckerei in Eigenregie der Arbeiterorganisationen gedruckt werden. Zum politischen Treffpunkt und kulturellen Zentrum der Arbeiterbewegung wurde bald das mit dem Kauf einer eigenen Liegenschaft an der Zeughausgasse 9 ins Leben gerufene Volkshaus Bern. Der kurz nach Kriegsbeginn im Oktober 1914 an demselben Standort eröffnete Neubau setzte mit der ersten unverkleideten Betonfassade der Stadt Bern auch städtebauliche Akzente.⁵ Zur prägenden Figur der Berner Arbeiterbewegung war in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg der junge gelernte Typograf Robert Grimm (1881–1958) geworden. 1909 übernahm er die Redaktion der *Berner Tagwacht* und 1911 auch das Präsidium der sozialdemokratischen Kantonalpartei. Ab 1909 sass er im Berner Stadtrat und ab 1910 im Grossen Rat. Auch einen Sitz im Nationalrat konnte Grimm 1911 erstmals erobern, allerdings nicht in Bern, sondern im 2. eidgenössischen Wahlkreis (Zürich Aussersihl), wo jeweils alle fünf Mandate an Sozialdemokraten gingen. Während des Ersten Weltkriegs war die politische Macht der Arbeiterbewegung derart gewachsen, dass die Stadt Bern von Ende 1918 bis Mitte 1920 als erste der grösseren Schweizer Städte von einer «roten» Mehrheit regiert wurde. Bern war zudem ein wichtiges nationales Zentrum der Arbeiterbewegung, so hatten hier der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) als Dachverband seit 1902 und der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) als mit Abstand stärkste Einzelgewerkschaft seit 1898 ihren Sitz.⁶

2. Soziale und wirtschaftliche Folgen des Ersten Weltkriegs als tiefer liegende Ursachen des Landesstreiks

Der Erste Weltkrieg führte überall zu einer wachsenden sozialen Polarisierung und Ungleichheit: Banken, Rüstungsindustrie und Grosskonzerne erzielten

bedeutende Kriegsgewinne, während Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte zunehmend in eine soziale Notlage gerieten. Diesen sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Kriegs konnten sich auch neutrale Länder wie die Schweiz nicht entziehen.

Für die lohnabhängige Bevölkerungsmehrheit bedeutete der Krieg einmal einen Verdienstausschlag durch den langen Militärdienst. Bekanntlich wurde die Erwerbersersatzordnung erst 1940 und nicht zuletzt aufgrund der im Ersten Weltkrieg gemachten Erfahrungen eingeführt. Zwar schrieb der Artikel 22 der Militärorganisation von 1907 vor, dass «Angehörige von Wehrmännern, die durch deren Militärdienst in Not geraten, [...] ausreichend zu unterstützen» seien. Er schrieb sogar ausdrücklich vor, dass diese Leistungen «nicht als Armenunterstützung behandelt werden» dürften. Diesem theoretisch grosszügig wirkenden Grundsatz standen in der Praxis aber die Bestimmungen des nächsten Artikels des Gesetzes entgegen. Demnach war die konkrete Ausrichtung der Unterstützungen Sache der Wohngemeinde des betroffenen Wehrmanns, wobei deren Behörden auch «das Mass und die Art der Unterstützung» festzulegen hatten.⁷

Das Berner Arbeitersekretariat machte die Mitglieder der angeschlossenen Vereine bereits am 6. August 1914 auf das Recht auf Wehrmannsunterstützung aufmerksam und half ihnen bei der Gesuchseingabe. Gemäss dem Jahresbericht der Arbeiterunion Bern von 1914 wurde die Unterstützung in der Stadt Bern weitgehend korrekt ausbezahlt, wogegen auf den Land «und hauptsächlich in den der Stadt Bern benachbarten Gemeinden [...] ein wahres Willkürregiment» herrsche. «Frauen von weit abgelegenen Landgemeinden» kamen in die Stadt, «um im Arbeitersekretariat Rat und Beistand zu holen».⁸ Ähnliche Zustände prangerte die Arbeiterunion auch bei der sogenannten Hilfsaktion der Gemeinde Bern an. Diese sollte, teils mit finanziellen Unterstützungen, teils über die Abgabe von Lebensmitteln und Brennstoffen, kriegsbedingte Notlagen lindern, ohne dass dieser Hilfe das «Abstossende der Armenenössigkeit anhaftet». Doch die Arbeiterschaft war in den auf Quartierebene für die Ausführung zuständigen Hilfskommissionen deutlich untervertreten, es dominierten vielmehr bürgerlich und kirchlich orientierte «Damen und Herren, die die Wohltätigkeit zum Teil aus Sport betreiben und den Armen mit den bekannten guten Ratschlägen helfen möchten». Als erniedrigend wurde zudem empfunden, dass in einigen Bezirken «die Hilfebedürftigen die Herren Pfarrer in ihren Wohnungen aufsuchen» mussten und dabei über ihre religiöse Gesinnungen ausgefragt wurden.⁹

Überdies bestand auch kein Kündigungsschutz für die Wehrmänner, oft mussten sie nach der Rückkehr aus dem Militärdienst eine neue Stelle suchen. Vor allem am Anfang und am Ende des Kriegs – dazwischen führte die Kriegskonjunktur zu einer hohen Beschäftigung – war die Arbeitslosigkeit beträchtlich. Frauen übernahmen teilweise die Stelle der Männer in der Produktion. Da die Frauenlöhne deutlich tiefer lagen, konnten allerdings auch sie die Einkommensverluste der Arbeiterfamilien nicht wettmachen.

Diesen kriegsbedingten Einkommenseinbussen standen auf der anderen Seite während der ganzen Kriegsdauer massiv steigende Preise für Nahrungsmittel und weitere Güter des täglichen Bedarfs gegenüber. Die Grafik *Preiserhöhungen in der Stadt Bern* zeigt die Preisentwicklung für Lebensmittel und Heizmaterial. Wegen der Teuerung sank der Lebensstandard eines grossen Teils der Bevölkerung. Sie führte zudem zu einem Stadt-Land-Konflikt: Die Bauern konnten militärdienstbedingte Einkommenseinbussen über die gestiegenen Nahrungsmittelpreise kompensieren und dank der Inflation ihre teilweise drückende Schuldenlast abbauen.¹⁰

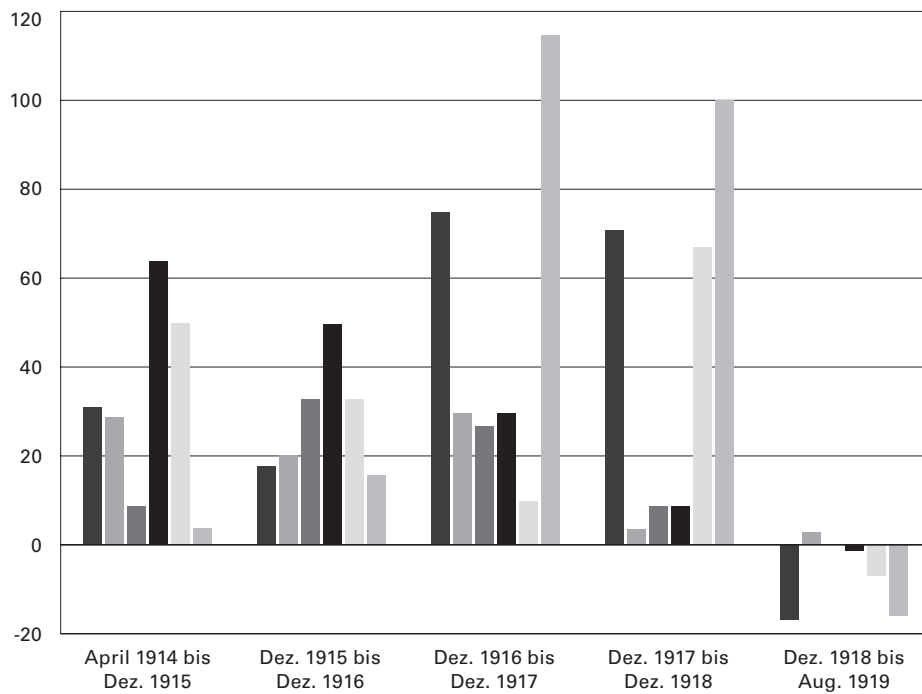
Die Berner Arbeiterbewegung nach Kriegsausbruch

Die nach Kriegsausbruch zunächst hohe Arbeitslosigkeit hemmte vorübergehend die gewerkschaftliche Kampfkraft. Dazu kamen grosse Mitgliederverluste auch durch die Abreise von Mitgliedern, die zum Militär- oder sogar Kriegsdienst im Ausland aufgeboten wurden. Mit dem Einsetzen der Kriegskonjunktur ab Frühling 1915 erstarkten die Gewerkschaften wieder. Auch der Anteil weiblicher Mitglieder in den Gewerkschaften stieg deutlich an.

Die *Berner Tagwacht* wurde nicht nur zum Sprachrohr der Proteste gegen die Kriegsfolgen im eigenen Land, sondern auch zu einem europaweit gelesenen Organ der sozialistischen Kriegsgegner. Bekanntlich organisierte *Tagwacht*-Redaktor Grimm zudem die internationalen Konferenzen von Zimmerwald im September 1915 und von Kiental 1916. Bis zu seinem missglückten diplomatischen Experiment in Petrograd im Juni 1917 präsidierte Grimm die in Zimmerwald gegründete Internationale Sozialistische Kommission.¹¹

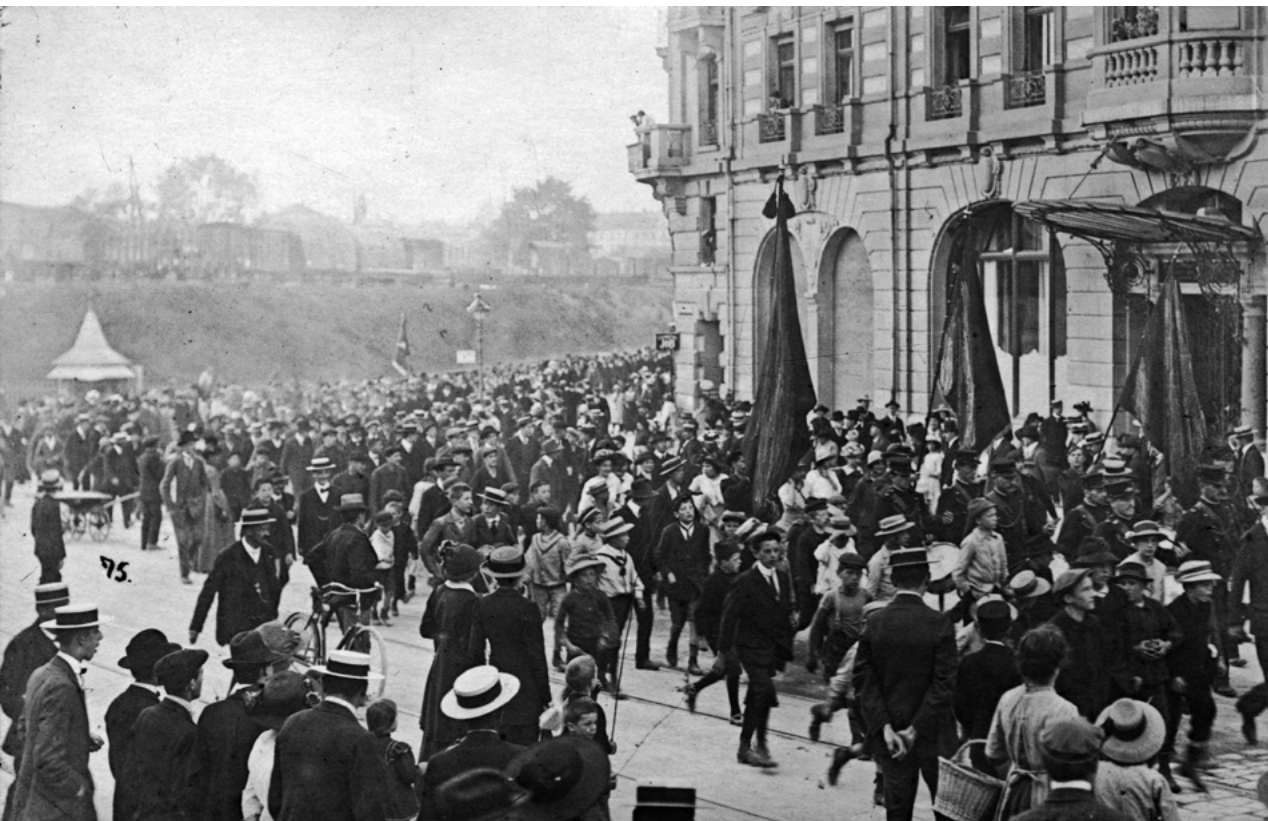
Bereits am 15. Mai 1915 veranstalteten die Arbeiterorganisationen eine erste Teuerungsdemonstration, die Teil einer nationalen Protestaktion war.¹² Im Lauf des Jahres 1916 verschärfte sich die Lage weiter. Im Sommer führten stark steigende Kartoffel- und Gemüsepreise zu vorwiegend von Frauen getragenen Protesten. Die sozialdemokratischen Arbeiterinnenvereine organisierten Marktdemonstrationen erstmals in Bern am 1. Juli, später auch in Biel, Zürich,

Preiserhöhungen in der Stadt Bern (in Prozent)



- 1/2 kg Speck (geräucherter, magerer)
- 1 kg Vollbrot
- 1 Liter Vollmilch
- 1 kg Teigwaren
- 100 kg Kartoffeln (inländische)
- 100 kg Gaskoks

Daten aus: SMUV Bern: Jahresbericht 1918/1919, 18.



Eine erste Teuerungsdemonstration fand am 15. Mai 1915 statt. Nach der Besammlung auf der Schützenmatte biegt der Demonstrationzug in die Speichergasse ein. – Staatsarchiv des Kantons Bern T 137, Teuerungsdemonstration, 15.5.1915 – Phototechnik AG, Bern.

Grenchen und Thun. Unter dem Eindruck der Frauenproteste verabschiedete am 6. August eine gemeinsame Konferenz der Leitungen des SGB und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) in Zürich einstimmig eine Resolution, die Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden zu energischen Massnahmen gegen die Teuerung aufforderte. Teilweise hatte die Protestwelle Erfolg: So übernahmen die Gemeinden selbst die Aufgabe, Lebensmittel verbilligt zu verkaufen, und der Bundesrat setzte erstmals Höchstpreise für Kartoffeln fest.¹³

Doch in einem Muster, das sich auch später fortsetzen sollte, kombinierten die Behörden materielle Konzessionen mit repressiven Massnahmen. Zusammenstösse in Zürich, nach einer unbewilligten, aber friedlichen Demonstration der Sozialdemokratischen Jugendorganisation und nach einer Teuerungsdemonstration, nahm der Bundesrat zum Vorwand, ein allgemeines Demonstrationsverbot zu erlassen und Truppen aufzubieten. Davon betroffen waren vor allem die für den 3. September 1916 angekündigten, landesweit dezentral geplanten Friedensdemonstrationen der Sozialdemokratischen Jugendorganisation. Die Massnahmen der Behörden verfehlten ihre Wirkung: Im ganzen Land versammelten sich an diesem «Roten Sonntag» nicht nur die Mitglieder der Jugendorganisation, sondern auch die sich mit ihr solidarisierenden Partei- und Gewerkschaftssektionen zu Protestversammlungen. Diese fanden, um das Demonstrationsverbot zu umgehen, ausserhalb der Stadtzentren statt. In Bern zogen Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern zur Brauereiwirtschaft «Gurten» in Wabern, wo Carl Vital Moor (1852–1932), Fritz Platten (1883–1942) und Robert Grimm zu der Menge sprachen.¹⁴

Einen vorläufigen Höhepunkt der Proteste gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Ersten Weltkriegs bildeten die landesweiten Teuerungsdemonstrationen vom 30. August 1917, die während der Arbeitszeit stattfanden. Sie können daher durchaus als eine erste, wenn auch nur einige Stunden dauernde generalstreikähnliche Aktion gesehen werden. Der Anstoss dazu kam aus Bern: An der Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Bern vom 31. Juli 1917 wurde einstimmig ein Antrag von Grimm angenommen, dass nach schwedischem Vorbild Teuerungsdemonstrationen während der Arbeitszeit zu organisieren seien. Eine gemeinsame Konferenz der Leitungen der SPS und des SGB beschloss, derartige Demonstrationen in allen grösseren Schweizer Städten gleichzeitig am 30. August 1917 durchzuführen. Die grössten Demonstrationen mit je rund 15 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern fanden in Bern und Basel statt.¹⁵

Streiks in der Region Bern von 1915 bis 1919

Streiks für Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen waren eigentlich die naheliegendste Antwort der Gewerkschaften auf die kriegsbedingte Teuerung. Doch beim Kriegsausbruch waren die Gewerkschaften geschwächt, und so kam es erst gegen Ende 1915 zu Streikbewegungen. In Bern streikten damals die Elektriker erfolgreich für einen neuen Gesamtarbeitsvertrag, und zusammen mit Biel stand Bern im Zentrum eines landesweiten Arbeitskampfes der Buchbinder. Bereits 1916 war dann eine starke Zunahme von Streiks zu verzeichnen, und zwischen 1917 und 1919 kam es zur wahrscheinlich grössten Streikwelle in der Geschichte der Schweiz.¹⁶ Besonders häufig wurde damals die Metall- und Maschinenindustrie von Arbeitskämpfen erfasst. In Bern legten unter anderem die Belegschaften der Werkzeugfabrik Küenzi 1916, der Baumaschinenfabrik Marti 1916 und 1918, der Gerber & Cie. 1918, der Hasler 1916 und 1919, der von Roll 1917 und der Wifag 1917 und 1918 die Arbeit nieder. Betroffen waren auch zwei der damals als Spekulationsobjekte vielerorts gegründeten und grösstenteils nach dem Krieg wieder verschwundenen Munitionswerkstätten, nämlich die Rapidwerke Münchenbuchsee 1917 und die Zentrale für Schrauben und Fassonteile 1918.¹⁷

Das Baugewerbe und die Holzindustrie, die vor dem Krieg zu den streikintensivsten Branchen zählten, waren dagegen weniger präsent, was sich auch aus der durch den Krieg länger gehemmten Baukonjunktur erklärt. Neben dem bereits erwähnten Streik der Berner Elektriker vom Oktober 1915 sind hier drei Streiks auf der Baustelle des Wasserkraftwerks Mühleberg von 1918 und 1919, der landesweite Schreinerstreik für den Achtstundentag vom Mai 1919 sowie Arbeitskämpfe in der Sägerei Meier-Bähler in Köniz von 1918, der Berner Dachdecker von 1918 und im Installationsgeschäft Rüegesegger ebenfalls von 1918 zu nennen.¹⁸

Zu Streiks kam es auch in der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie, in der vor allem Frauen arbeiteten (u.a. Schneidergewerbe in Bern 1917, Strickerei Ryff in Bern 1917 und 1919, Tricotage Fischer in Wabern 1918, Tuchfabrik Schild 1918). In weiteren Industrien, so der Lebens- und Genussmittelindustrie sowie der Papier- und Chemieindustrie, sind namentlich der 1917 mit einer Niederlage endende Streik in der Kartonfabrik Deisswil sowie die Arbeitskämpfe im Serum- und Impfinstitut 1918, in der Schokoladefabrik Tobler im August 1919, in der Konservenfabrik Véron 1919 und ein Boykott der Berner Konditoreien 1919 zu erwähnen. Obschon die meisten Streiks im gewerblich-industriellen Sektor stattfanden, streikte 1919 in Bern immerhin auch dreimal

das Personal von Betrieben im Tertiärsektor, nämlich die Kellner im Casino, die Optiker-Bijoutiers bei Büchi und die Arbeiter der Flaschenhandlung Umbert.¹⁹

Gründung in Olten, Sitz in Bern: das Aktionskomitee

Im Dezember 1917 wurden Pläne des Bundesrats bekannt, eine Zivildienstpflicht für den Mehranbau von Nahrungsmitteln einzuführen. An entsprechenden Vorarbeiten war auch der Berner Regierungs- und spätere Bundesrat Karl Scheurer (1872–1929) beteiligt,²⁰ während die Arbeiterorganisationen nicht konsultiert worden waren. Sogleich meldete Grimm in der *Berner Tagwacht* seinen Widerspruch gegen diese «Militarisierung der Privatarbeiterschaft» an.²¹ Sozialdemokratie und Gewerkschaften protestierten vorerst mit einer landesweiten Welle von Protestversammlungen gegen die Zivildienstpflicht. Weiter ging der Holzarbeiterverband, der bereits eine Umfrage bei seinen Mitgliedern durchgeführt hatte, die zeigte, dass diese grösstenteils bereit waren, diesen «Gewaltakt gegen die Arbeiterschaft» nötigenfalls auch mit dem Mittel eines Generalstreiks zu bekämpfen. Einen entsprechenden Beschluss fällten etwa auch die Mitglieder der Holzarbeitersektion Bern-Land mit grossem Mehr.²² Der Widerstand brachte den Bundesrat dazu, das Projekt wieder zurückzuziehen. Gleichzeitig bereitete die Landesregierung aber ein repressives Vorgehen gegen weitere Proteste vor: Ein Beschluss der Zürcher Arbeiterunion vom 29. Januar 1918, den diese im Anschluss an die Diskussion im Holzarbeiterverband fällte, diente dem Bundesrat als Vorwand für ein Truppenaufgebot.²³ Auf Initiative Grimms beschloss darauf eine gemeinsame Sitzung der Leitungen der SPS und des SGB am 4. Februar 1918 in Olten die Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses, der bald als «Oltener Aktionskomitee» (OAK) bekannt wurde. Dieser Name leitet sich allein vom Gründungsort ab, der Sitz des Komitees befand sich in Bern, wo auch ein Grossteil seiner Sitzungen stattfand. Das Komitee erarbeitete ein strategisches Konzept für die Vorbereitung eines Generalstreiks. In der Milchpreiskampagne vom April 1918 und bei der Mobilisierung rund um den Ende Juli 1918 in Basel tagenden 1. Allgemeinen Arbeiterkongress gelang es dem Komitee, dem Bundesrat bedeutende Zugeständnisse abzurufen, indem es ihm mit dem Generalstreik drohte.

Eine rote Mehrheit in der Stadt Bern

Wenig bekannt ist, dass die Stadt Bern, wenn auch nur kurz, aber gerade in der Phase kurz vor, während und nach dem Landesstreik von einer «roten Mehrheit»

regiert wurde. Erstmals 1909 und dann wieder seit 1915 bildeten die Sozialdemokraten im Berner Stadtparlament die stärkste Fraktion. Bei den Stadtratswahlen vom 8./9. Dezember 1917 errangen sie mit 42 von 80 Sitzen die absolute Mehrheit. Auch in der städtischen Exekutive, dem Gemeinderat, der bis 1920 aus fünf ständigen (hauptberuflichen) und vier nichtständigen (nebenamtlichen) Mitgliedern bestand, verschoben sich die Mehrheitsverhältnisse ab 1917 nach links: Bereits seit 1895 gehörte der Notar Gustav Müller (1860–1921) als erster Sozialdemokrat der Stadtregierung an. Müller leitete als ständiger Gemeinderat die Finanzdirektion. Weiter stellte die SP ab 1908 mit dem Juristen Karl Zraggen (1861–1929) und ab 1912 mit dem Versicherungsmathematiker Arnold Bohren (1875–1957) zwei nichtständige Gemeinderäte.²⁴ In der Ersatzwahl vom 24./25. März 1917 wurde anstelle des verstorbenen freisinnigen Polizeidirektors Arnold Lang (1875–1917) der Sozialdemokrat Oskar Schneeberger (1868–1945) zum ständigen Gemeinderatsmitglied gewählt. Der gelernte Mechaniker und langjährige Zentralpräsident des SMUV hatte eine deutlich andere Karriere hinter sich als die bisherigen, akademisch geschulten sozialdemokratischen Gemeinderäte.²⁵

Eine weitere Ersatzwahl brachte am 16./17. März 1918, als es um die Nachfolge des zum Subdirektor der Suva ernannten Bohren ging, zwar keine Verschiebung der parteipolitischen Kräfteverhältnisse. Doch die Tatsache, dass nun mit Grimm der profilierteste Parteiführer der Sozialdemokraten in die Stadtregierung einzog, war doch ein klares Zeichen der Stärke der Partei. In drei weiteren Ersatzwahlen errang die Sozialdemokratie bis Ende 1918 auch in der Exekutive die absolute Mehrheit, wobei die bürgerlichen Parteien jeweils keine Gegenkandidaten aufstellten. Am 6./7. Juli 1918 wählten die Stadtberner Stimmberechtigten Gemeinderat Müller als Nachfolger des zum eidgenössischen Vizekanzler gewählten Freisinnigen Adolf von Steiger (1859–1925) zum Stadtpräsidenten. Den damit frei werdenden Sitz eines ständigen Gemeinderats übernahm in einer weiteren Ersatzwahl vom 28./29. September 1918 Grimm.²⁶ Er leitete fortan die neu geschaffene Direktion der Industriellen Betriebe und Kriegswirtschaft und legte am 15. Oktober 1918 schweren Herzens seine Stelle als Redaktor der *Berner Tagwacht* nieder.²⁷ Vorerst vakant blieb der bisher von Grimm belegte Sitz eines nichtständigen Gemeinderats, in der Stadtregierung standen sich nun vier bürgerliche und vier sozialdemokratische Mitglieder gegenüber. Da in dieser Pattsituation der Stichentscheid dem Stadtpräsidenten Müller zukam, bestand faktisch nun auch in der Stadtregierung eine sozialdemokratische Mehrheit. Bestätigt wurde dieses Kräfteverhältnis erst nach dem

Gustav MÜLLER
† 1920.



Aufnahme von Stadtpräsident Gustav Müller aus dem Fotoalbum von Robert Grimm. – Schweizerisches Sozialarchiv F 5048-Fx-001-013, Fotoalbum Robert Grimm.

Landesstreik, als in der Ersatzwahl für den noch vakanten (nichtständigen) Gemeinderatssitz am 14./15. Dezember 1918 Ernst Reinhard (1889–1947) gewählt wurde; danach hielt die Sozialdemokratie fünf von neun Sitzen.²⁸

Auch bei den Nationalratswahlen 1917, den letzten, die nach dem Majorzverfahren durchgeführt wurden, zeigte das Resultat im Wahlkreis Bern-Mittelland, dass sich das politische Gewicht zugunsten der Sozialdemokraten verlagert hatte. Zwar blieben von den insgesamt sieben in diesem Wahlkreis zu vergebenden Mandaten schliesslich vier in bürgerlicher Hand. Den Sozialdemokraten, die zuvor nur ein Mandat innegehabt hatten, gelang es aber bereits im ersten Wahlgang vom 28. Oktober 1917, mit drei Vertretern in die grosse Kammer einzuziehen: mit dem einzigen bisherigen Vertreter der Partei, dem Gemeinderat Gustav Müller, und neu den beiden Gewerkschaftern Emil Düby (1874–1920), Generalsekretär des Verbandes des Personals schweizerischer Transportanstalten, und Oskar Schneeberger. Der einzige bürgerliche Kandidat, der bereits im ersten Wahlgang das absolute Mehr erreichte, hatte ebenfalls ein gewerkschaftliches Profil: Felix Koch (1882–1918) war zu diesem Zeitpunkt zwar als erster vollamtlicher Sekretär der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) tätig, hatte zuvor aber lange Zeit als Sekretär des Verbandes schweizerischer Postbeamter gewirkt. Als führender Exponent des jungfreisinnigen Parteiflügels verstand er sich nach wie vor als Interessenvertreter der Angestellten und Beamten. Erst im zweiten Wahlgang vom 11. November setzten sich auch drei bisherige bürgerliche Nationalräte durch: Es handelte sich um den konservativen Regierungsrat Fritz Burren (1860–1927), den freisinnigen Grossbauern Johann Jenny (1857–1937), die sich beide später der Ende 1917 gegründeten Bauern- und Bürgerpartei anschliessen sollten, sowie um den freisinnigen Kohलगrosshändler Johann Hirter (1855–1926), der als Präsident des Bankrats der Schweizerischen Nationalbank und der Société suisse de surveillance économique einer der einflussreichsten Wirtschaftsführer im Parlament war.²⁹

Bei Nachwahlen für den an der Grippe verstorbenen Koch gelang es den Sozialdemokraten im Oktober 1918, auch dieses Mandat zu erobern. Gewählt wurde Konrad Ilg (1877–1954), Präsident des SMUV und Vizepräsident des OAK.³⁰

Ebenfalls mit einem sozialdemokratischen Wahlsieg gingen die Grossratswahlen vom April/Mai 1918 in der Stadt Bern aus. Neben dem bereits seit Jahren sozialdemokratisch dominierten Wahlkreis untere Gemeinde (Matte, Lorraine, Breitenrain, Schosshalde) eroberte die SP auch im bisher freisinnig

dominierten Wahlkreis obere Gemeinde (Obere Altstadt, Länggasse, Mattenhof) sämtliche Mandate. Nur der Wahlkreis mittlere Gemeinde (untere Altstadt, Kirchenfeld, Elfenau) blieb klar in bürgerlicher, überwiegend konservativer Hand. Die Vororte ordneten dagegen noch ausschliesslich Freisinnige ins Rathaus ab, immerhin bedeutete es einen Achtungserfolg, dass die sozialdemokratischen Kandidaten im Wahlkreis Köniz-Bümpliz erst im zweiten Wahlgang unterlagen.³¹

3. Die Novemberstreiks von 1918 in Bern

In der ersten Novemberhälfte 1918 – gleichzeitig mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und den Revolutionen in Deutschland und Österreich – kam es zur grossen Kraftprobe. Der Proteststreik vom 9. November 1918 und der Landesstreik vom 12. bis 14. November 1918 waren eine Antwort auf die von der Arbeiterschaft als Provokation empfundene militärische Besetzung von Zürich und Bern, die der Bundesrat am 5. und 6. November angeordnet hatte.

Das Truppenaufgebot

Am 4. November 1918 schrieb General Ulrich Wille (1848–1925) an Bundesrat Camille Decoppet (1862–1925), er glaube «an die Möglichkeit eines plötzlichen, unerwarteten Ausbruchs einer Revolution» und halte ein präventives Truppenaufgebot für notwendig.³² Tags darauf traf am späten Abend eine Delegation der Zürcher Kantonsregierung zu einer rund zweistündigen Sitzung mit Bundesrat und Armeeführung in Bern ein. Schliesslich fiel der Beschluss, auf den 6. November zwei Infanterieregimenter und zwei Kavalleriebrigaden aufzubieten, um Zürich militärisch zu besetzen. Am 6. November beschloss der Bundesrat, auf den 8. November, 9.00 Uhr auch ein gleich starkes Truppenkontingent nach Bern zu schicken. «Bestimmt für die Bolschewiki in Bern», wie der Kommentar im Tagebuch des Generalstabs lautet, waren demnach die Infanterieregimenter 7 und 16 und die Kavalleriebrigaden 1 und 2.³³ Die Tatsache, dass das Infanterieregiment 7 vor allem aus Truppen aus dem katholischen, landwirtschaftlich geprägten und überwiegend französischsprachigen Kanton Freiburg bestand, bot ganz im Sinn einer Empfehlung Willes in seinem Schreiben vom 4. November Gewähr dafür, dass bei seinen Angehörigen kaum Sympathien für die Arbeiterschaft vorhanden waren. Der Regimentskommandant, Roger de Diesbach (1876–1938), war zudem ein überzeugter Anhänger der ultrakonservativen Ideen von Gonzague de Reynold (1880–1970).³⁴ Während die



Das Verhältnis zwischen dem auf Deeskalation setzenden Berner Platzkommandanten, Oberstkorpskommandant Eduard Wildbolz (im Vordergrund rechts), und seinem draufgängerischen Untergebenen, Oberstleutnant Roger de Diesbach (hoch zu Ross) – hier bei einer militärischen Zeremonie auf dem Bubenbergplatz –, war gespannt. – *Burgerbibliothek Bern, Postkarte AK.1625.*

überwiegend aus Bauern bestehenden Kavallerieeinheiten aus der Sicht der Armeeleitung ebenfalls als «zuverlässig» galten, sah dies beim Infanterieregiment 16, das vor allem im Oberaargau rekrutiert wurde und dem auch viele Industriearbeiter angehörten, etwas anders aus. Einer oder mehrere Angehörige dieser – ausgerechnet von Willes Schwiegersohn Fritz von Erlach (1877–1959) kommandierten – Einheit gaben ihrem Unmut über das Truppenaufgebot und ihre Vorgesetzten in Einsendungen an die *Berner Tagwacht* Ausdruck.³⁵

Der Bundesrat setzte nicht den von Wille vorgeschlagenen, wegen seiner kompromisslos militaristischen Führungsprinzipien umstrittenen Oberstdivisionär Fritz Gertsch (1862–1938) als Platzkommandanten ein, sondern den Oberstkorpskommandanten Eduard Wildbolz (1858–1932). Wille war darüber derart ungehalten, dass er zunächst gegenüber Bundesrat Robert Haab (1865–1939) mit seinem Rücktritt drohte. Als Haab diesen Erpressungsversuch zurückwies und erklärte, der Bundesrat werde den Rücktritt annehmen, krebste Wille zurück.³⁶

Gegen das Truppenaufgebot rief das OAK am 7. November dazu auf, am Samstag, dem 9. November, einen 24-stündigen Proteststreik an neunzehn Orten – in den grösseren Städten der Schweiz und einigen weiteren Industriezentren – durchzuführen. Dispensiert waren vorerst die Eisenbahner, der Tramverkehr war aber einzustellen. Unter den neunzehn Orten befand sich auch Bern.³⁷

Das Komitee der Arbeiterunion Bern legte das Vorgehen während des Proteststreiks in einer Sitzung am 8. November um 10.30 Uhr fest. Im Protokollbuch ist zu dieser Sitzung nur mit Bleistift angemerkt, dass sie überhaupt stattgefunden hat; Einträge zu den Beschlüssen oder zur Diskussion fehlen. Fest steht aber, dass diese Sitzung den lokalen Streikaufruf «An die Bevölkerung der sozialistischen Gemeinde» erliess, der danach auch von der sozialdemokratischen Parteileitung und der Stadtfraktion unterzeichnet wurde.³⁸

Im Gegensatz zum Zürcher Platzkommandanten Emil Sonderegger (1868–1934) stellte Wildbolz aktiv den Kontakt zu den zivilen Behörden her.³⁹ Bereits am Vormittag des 8. November suchte er den städtischen Polizeidirektor Schneeberger auf, der weiterhin zugleich auch SGB-Präsident war. Während der Aussprache, an der Vizepolizeidirektor Zraggen ebenfalls teilnahm, erfuhren die Gemeinderäte erstmals, dass nicht nur Zürich, sondern auch Bern militärisch besetzt werden sollte.⁴⁰ Wildbolz gab weiter bekannt, dass er abgesehen von einer im städtischen Gymnasium einquartierten Kompanie vorläufig alle Truppeneinheiten ausserhalb der Stadt positioniert habe. Die beiden sozialdemokratischen Gemeinderäte «begrüssten diese discrete Art der Aufstellung

der Truppen». Damit sei bei der bekannten «Disziplin der organisierten bernischen Arbeiterschaft» auch sichergestellt, «dass keine ernstlichen Ruhestörungen vorkommen würden».⁴¹

An einem am Nachmittag stattfindenden Treffen zwischen dem Gemeinderat der Stadt Bern und dem Regierungsrat beteiligten sich vonseiten des Kantons Regierungspräsident Henri Simonin (1855–1927), Militärdirektor Emil Lohner (1865–1959) und Polizeidirektor Alfred Stauffer (1867–1959). Der Gemeinderat liess sich durch seinen Vizepräsidenten, den freisinnigen Schul- und Armeedirektor Rudolf Schenk (1858–1923), durch Polizeidirektor Schneeberger und Zraggen vertreten. Schneeberger orientierte die Regierungsräte über den am folgenden Tag geplanten Proteststreik. Dieser sei «ein Blitzableiter oder ein Sicherheitsventil und eine Mahnung an die Behörden, der schweren Lage der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen». Geplant sei auch eine Demonstrationsversammlung im Freien. Simonin erklärte, dass er in seiner «Eigenschaft als Sanitätsdirektor [...] angesichts der Grippeepidemie» gegen eine Bewilligung dieser Demonstration sei. Schenk entgegnete darauf, dass «das Truppenaufgebot für die Grippeverbreitung gerade so gefährlich» sei, man solle die Demonstration also nicht behindern. Schneeberger warnte eindringlich vor einer gewaltsamen Auflösung der Demonstration, welche «die Erregung» nur steigern werde. «Die Herren sollten ein Auge zudrücken; ein förmlicher Beschluss auf Erlaubnis ist ja nicht nötig.» Zudem habe die Polizei in Bern noch nie bei einer Arbeiterdemonstration einschreiten müssen.⁴² Darauf fand noch ein Gespräch zwischen Delegationen des Regierungsrats und des Bundesrats statt. Die Landesregierung sprach sich dafür aus, die Demonstration zu tolerieren. Das Militär dürfe nur auf «besondere Weisung des Bundesrates» einschreiten.⁴³ Unter dem Eindruck dieser Gespräche beschloss der Regierungsrat, die Demonstration zwar nicht ausdrücklich zu bewilligen, aber auch keine Vorbereitungen zu ihrer gewaltsamen Auflösung zu treffen. Einzig Regierungsrat Hans Tschumi (1858–1944) – im Nebenamt Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands – gab zu Protokoll, dass er an einem Demonstrationsverbot festhalte.⁴⁴

Der Proteststreik vom 9. November 1918 in Bern

Der Proteststreik vom Samstag, dem 9. November, wurde von der Arbeiterschaft in der Stadt Bern so gut wie geschlossen befolgt. «Rechtzeitig werden alle Posten bezogen, alle Fabrikatoren besetzt. Die Arbeitsruhe, das zeigt sich in der ersten entscheidenden Viertelstunde, würde eine vollkommene sein; von ganz geringen Ausnahmen abgesehen», schrieb die *Berner Tagwacht*.⁴⁵ Das *Intelligenzblatt*,

das dem linken Flügel des Freisinns nahestand, bestätigte weitgehend diese Einschätzung und betonte, dass abgesehen vom Kavallerie-Remontendepot auch die militärnahen Betriebe vom Streik erfasst worden seien.⁴⁶

In der strikt paternalistisch geführten Schokoladefabrik Tobler stand der Erfolg des Streiks keineswegs von vornherein fest. In einem aus emotionsgeschichtlicher Sicht interessanten Bericht beschrieb die *Tagwacht*, dass die Blicke der Streikenden auf die wenigen Streikbrecher nicht «eigentlichen Hass und Verachtung», sondern «ein schmerzliches Gefühl des Mitleids mit diesen Armseligen, Feigen, Kleinmütigen» ausgedrückt hätten. Die beschämende Wirkung «dieses stummen Mitgeföhls» habe schliesslich dazu geführt, dass noch Unentschiedene sich dem Streik anschlossen. Nach einer kurzen Rede von Stadtrat und Metallarbeitersekretär Rudolf Meer (1882–1934) «halfen alle Gegenargumente der ebenfalls auf dem Platze erschienenen Chefs der Firma Tobler nichts; nach einem raschen Pro und Kontra beschlossen die Arbeiter einmütig den Streik, erklärten sie sich begeistert mit der übrigen Arbeiterschaft solidarisch!»⁴⁷

Um 9.30 Uhr begann die Demonstration auf dem Waisenhausplatz, die ohne Zwischenfälle verlief, rund eine Stunde dauerte und als reine Platzkundgebung ohne Umzug durchgeführt wurde. Sie wurde von Nationalrat Düby, Sekretär des Vereins der Eisenbahn- und Dampfschiffangestellten, geleitet; Robert Grimm, Konrad Ilg und der kantonale Parteisekretär, Grossrat Eugen Münch (1880–1919), hielten die Reden.⁴⁸

Anlass zu grösseren Kontroversen bot eigentlich nur eine Massnahme der Streikenden: Verkaufsgeschäfte und Gastwirtschaftsbetriebe wurden von Streikposten zum Schliessen aufgefordert. Besonders kritisiert wurde von bürgerlicher Seite, dass sich an diesen Aktionen neben Angehörigen der Sozialdemokratischen Jugendorganisation auch uniformierte Tramangestellte beteiligten. Die Inhaber der grossen Warenhäuser Loeb, Kaiser und Brann hatte Arbeitersekretär Alois Zehnder (1876–1939) bereits am Vorabend telefonisch aufgefordert, ihre Geschäfte während des Proteststreiks zu schliessen.⁴⁹ Zu Wirtshaus-schliessungen – in erster Linie eine präventive Massnahme der Streikleitungen, um Ausschreitungen unter Alkoholeinfluss zu verhindern – kam es vor allem nachmittags; Öffnungen zur Einnahme von Mittagmahlzeiten hatte die Streikleitung ausdrücklich zugelassen. Grössere Aufläufe gab es beim «Waadtländerhof» (Ecke Schauplatzgasse/Storchengässchen), dessen Besitzer Charles Tannaz (1872–1928) den Streikposten mit dem Einsatz einer Schusswaffe drohte, sowie beim «Café Central» (Spitalgasse) und dem Restaurant «Beaulieu» in der Länggasse.⁵⁰



Während des Proteststreiks vom 9. November 1918 forderten Streikposten auch die Gastwirtschaften zum Schliessen auf. Unschärfer Versuch einer Beweisaufnahme von Gottfried Rohrbach, Sohn des Wirts des Restaurants «Beaulieu» (Länggasse). – Staatsarchiv des Kantons Bern BB XIIIb 93016 Bern Stadt: Einwohnergemeinde, amtliche Untersuchung betreffend den Generalstreik, 1919, Subdossier «Ausserordentlicher Untersuchungsrichter Bern. Untersuchungsakten gegen unbekannte Täterschaft».

Der Grossteil dieser Schliessungen erfolgte ohne Zwischenfälle. Nur in wenigen Fällen beschuldigten Geschäftsbesitzer die Streikenden des Hausfriedensbruchs, leichter Tötlichkeiten und geringfügiger Sachbeschädigungen. Häufiger sagten die Besitzer aus, die Streikposten hätten ihnen mit einem zukünftigen Boykott oder dem Einschlagen der Fensterscheiben gedroht, worauf sie es vorgezogen hätten, zu schliessen. Bürgerliche Kritik einstecken musste auch die betont zurückhaltend agierende Stadtpolizei. Man warf ihr vor, jeweils gar nicht oder zu spät eingegriffen zu haben oder Besitzern sogar selbst zur Schliessung geraten zu haben. Die Polizeidirektion liess den Vorwurf aber in dieser Pauschalität nicht auf sich sitzen und betonte, dass die Stadtpolizei in mehreren Fällen durchaus ausgerückt sei und – häufig auch in Zusammenarbeit mit der Streikleitung – Streikende erfolgreich zum Abzug aufgefordert habe.⁵¹ Die Tatsache, dass mit Schneeberger ein Sozialdemokrat städtischer Polizeidirektor war und Karl Dürr (1875–1928), Sekretär des SGB und des Aktionskomitees, auch den Verband der städtischen Polizeiangehörigen präsidierte, weckte ein gewisses Misstrauen auf bürgerlicher Seite gegenüber der Stadtpolizei.⁵²

Während des Proteststreiks war die Präsenz der Armee in Bern – anders als in Zürich – noch wenig spürbar. Am Morgen des 9. November befand sich neben den Landsturmtruppen, die schon zuvor das Bundeshaus und das Hotel «Bellevue» bewacht hatten, erst eine Kompanie der auf den 8. November aufgebundenen Truppen in der Stadt. Sie bewachte das Hauptquartier von Wildbolz im städtischen Gymnasium am Waisenhausplatz. Das Freiburger Infanterieregiment 7 wurde vorerst im Raum Köniz–Bümpliz–Thörishaus stationiert, das Infanterieregiment 16 im Raum Worb–Stettlen–Muri. Noch weiter entfernt lagen die schneller verschiebbaren Kavallerieeinheiten. Die Kavalleriebrigade 1 befand sich noch im Raum Freiburg–Murten, die Kavalleriebrigade 2 im Raum Münchenbuchsee–Jegenstorf–Schüpfen. Gegen Ende des Proteststreiks verstärkte Wildbolz aber die Truppenpräsenz in der Stadt. Bereits am Abend des 9. November liess er zwei Füsilierbataillone in der Stadt Bern einquartieren.⁵³ Aus dem Freiburger Regiment wurde das Füsilierbataillon 14 im Spitalacker-schulhaus, aus dem Oberaargauer Regiment das Füsilierbataillon 37 im Kirchenfeldschulhaus untergebracht.⁵⁴

Vom Protest- zum Landesstreik

Am Sonntagmorgen nach dem Proteststreik trafen sich Grimm und Ilg mit den Bundesräten Edmund Schulthess (1868–1944), Camille Decoppet und Eduard Müller (1848–1919). Die Arbeiterführer forderten den Bundesrat auf, die Truppen

auch in Zürich von den Strassen und Plätzen zurückzuziehen. In seiner anschliessenden Sitzung beschloss der Bundesrat aber, darauf nicht einzugehen. Nach der Bundesratssitzung traf sich die nun mit den Eisenbahngewerkschaftern Düby und Harald Woker (1883–1944) ergänzte Delegation nochmals mit Bundespräsident Felix Calonder (1863–1952). Dieser erklärte zunächst, nach Erinnerung von Woker «sehr schroff, [...] er breche jede Beziehung zum Aktionskomitee ab». Als sich die Delegation des OAK erklärte, änderte sich, so Grimm, die Haltung Calonders: «Es war nicht erhebend, als dieser scheinbar kraftvolle Staatsmann weinerlich den Kopf in die Hände nahm und flehte, wir sollten nicht weitermachen.»⁵⁵

Ebenfalls am Sonntag, dem 10. November, fand um 15.15 Uhr ein erneutes Treffen zwischen Platzkommandant Wildbolz und dem städtischen Polizeidirektor Schneeberger statt. Wildbolz kündigte an, dass er nun die Stadt besetzen lassen werde. Er begründete dies mit den Laden- und Wirtshausausschlüssen, wobei er aber mit Schneeberger laut dessen Aussage einigging, dass diese in erster Linie nicht durch «Gewaltanwendung der Streikenden, sondern wegen der Schlotterhaftigkeit der Ladeninhaber selber» erfolgt seien.⁵⁶

Danach nahm Schneeberger um 5 Uhr abends an einer Sitzung des Komitees der Arbeiterunion Bern teil. Man rechnete dort zwar bereits damit, dass, falls Konzessionen des Bundesrats ausblieben, möglicherweise «der Generalstreik ausbreche». Eine dreiköpfige Streikleitung aus Arbeitersekretär Zehnder, Parteisekretär Münch und Metallarbeitersekretär Ferdinand Steiner (1888–1957) stand für diesen Fall bereit. Alle anwesenden Mitglieder schlossen sich allerdings der Meinung von Schneeberger an, «dass der Proteststreik im Bundeshaus gewirkt habe» und deshalb der Generalstreik vorerst nicht nötig sei.⁵⁷

Doch die gewaltsame Auflösung der geplanten Demonstration zum ersten Jahrestag der Oktoberrevolution in Zürich, bei der mehrere Demonstranten verletzt und ein Soldat unter nie ganz geklärten Umständen getötet wurde, liess die Lage endgültig eskalieren. Die Zürcher Eisenbahner traten ebenfalls in den Ausstand. In dieser Situation beschloss eine am späten Abend im Zentralsekretariat des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbands an der Kapellenstrasse 6 abgehaltene gemeinsame Sitzung des OAK, der Gewerkschafts- und der Parteileitungen die Auslösung des allgemeinen Landesstreiks um Mitternacht vom 11. auf den 12. November.⁵⁸

Am Montag, dem 11. November 1918, dem Tag des Waffenstillstands, ging der Streik also in Zürich weiter, während in Bern wie im ganzen übrigen Land sich beide Seiten für die grosse Konfrontation rüsteten.

Der Landesstreik in Bern

Wie der Proteststreik setzte auch der eigentliche Landesstreik in Bern am 12. November mit voller Wucht ein: «Im Volkshaus tagte das lokale Streikkomitee in Permanenz, Boten kamen und gingen nach allen Seiten; mustergültig war die Disziplin und Solidarität der Arbeiterschaft.»⁵⁹ Der Hauptunterschied zum Proteststreik war, dass diesmal auch die Eisenbahner die Arbeit niederlegten. Auch in Bern war die Wirkung sofort wahrnehmbar, wie die *Tagwacht* schrieb: «Seit Mitternacht herrscht im Bahnhof absolute Ruhe, die Depots und Werkstätten sind zwar mit Militärposten, aber nicht mit Arbeitern besetzt. Kein Wagen, keine Maschine fährt. Die Berner Eisenbahner aller Kategorien stehen ruhig, in vorbildlicher entschlossener Gelassenheit Streikposten. Im Grau des frühen Morgens scheint der grosse Bahnhof zu schlafen. Ruhe, kein Geräusch, hie und da höchstens das monotone Geplauder der Soldaten oder der Streikposten unterbricht die seltsame Stille, die befremdend, fast beängstigend anmutet.»⁶⁰

Wie schon beim Proteststreik hatte die Arbeiterunion einige wichtige Gruppen ausdrücklich vom Streik dispensiert: Beim städtischen Personal betraf das wiederum die Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswerks, die einen beschränkten Sonntagsdienst aufrechterhielten, und zudem die Friedhofsgärtner, während die Tramangestellten und die Arbeiter des städtischen Bauamts streikten. Vom Streik ausgenommen waren auch Teile des Personals des Lebensmittelsektors und des Gesundheitswesens, nicht immer zur Freude der Betroffenen. So war etwa das Personal des Serum- und Impfinstituts nur widerwillig bereit, während des Streiks weiterzuarbeiten.⁶¹

In einem von Stadtpräsident Müller unterzeichneten Aufruf an das städtische Personal bezeichnete der Gemeinderat die Streikteilnahme als Pflichtverletzung. In einer Gegenerklärung bekräftigten die Leitungen der Arbeiterunion, der städtischen SP und ihrer Stadtratsfraktion, dass das städtische Personal – abgesehen von den dispensierten Kategorien – ebenfalls zum Streik aufgerufen werde.⁶²

Die beim Proteststreik für viel Aufsehen sorgenden Laden- und Wirtshaus-schliessungen wiederholten sich nicht. Der Regierungsrat forderte in einem Aufruf die Inhaber ausdrücklich auf, ihre Geschäfte offen zu halten. Zusammen mit der Armeepräsenz führte das dazu, dass die beim Proteststreik so ängstlichen Besitzer plötzlich wieder Mut fassten. Eine Wiederholung der Aktion hätte zweifellos zu Zusammenstössen zwischen den Streikposten und den nun in den Strassen Berns omnipräsenten Truppen geführt. Die Streikenden hatten aber strikte Anweisung, jede Konfrontation mit der Armee zu vermeiden. Die *Tagwacht*



Armeepatrouille auf der Grossen Schanze oberhalb des bestreikten Bahnhofs. –
Schweizerisches Bundesarchiv E27#1000/721#14095#5473*.



forderte die Streikenden auf, die freie Zeit «zu Spaziergängen zu benützen» – was möglicherweise als Chiffre für Kontrollen der Arbeitsplätze zu verstehen sein könnte –, betonte dabei aber, diese Ausflüge sollten nicht ins Stadtzentrum, «sondern in die Umgebung» führen.⁶³

Generell war der Armee-Einsatz weit weniger zurückhaltend als während des Proteststreiks. Bereits am 11. November rückten weitere Truppen in die Stadt ein, Bern war nun militärisch besetzt. Wiederholt kam es zu provokativen Auftritten der Truppe. Teilweise scheint dies gegen den Willen von Platzkommandant Wildbolz geschehen zu sein, dessen relativ dialogorientierter Kurs zwar von den politischen Behörden mitgetragen, aber von der Armeeleitung, die sich direkt mit den Wildbolz unterstellten Truppenkommandanten in Verbindung setzte, torpediert wurde.⁶⁴ Schon vor dem Ausbruch des Landesstreiks wurden Personen einzig dafür verhaftet, dass sie Flugblätter mit den Streikinstruktionen verteilten.⁶⁵ Am ersten Streiktag räumten Kavallerieeinheiten unter dem Vorwand, den Verkehr aufrechtzuerhalten, mit gezogenem Säbel den Kornhausplatz, wobei sie auch in die Lauben ritten. Polizeidirektor Schneeberger, dem dieser Vorfall von der Stadtpolizei gemeldet wurde, versuchte danach bei Wildbolz zu intervenieren, konnte diesen allerdings nicht erreichen.⁶⁶ Am letzten Streiktag ritten erneute Kavalleristen in eine Menge auf dem Kornhausplatz, wobei ein Knabe durch einen Huftritt verletzt wurde.⁶⁷

Besonders der Kommandant des Freiburger Infanterieregiments 7, de Diesbach, betrachtete ganz offensichtlich die Durchführung von – vom bürgerlichen Publikum begeistert begrüsst, aber auf die Streikenden provokativ wirkenden – politischen Demonstrationen als wichtigen Teil seines Auftrags. So gab zur Eröffnung der Parlamentssession das Spiel seines Regiments ein Konzert auf dem Bundesplatz, bei dem unter anderem das bekannte Greyerzer Jodellied *Ranz des vaches* vorgetragen wurde.⁶⁸ Weitere bürgerliche Gegendemonstrationen fanden in der Stadt Bern namentlich am 13. November auf dem Bubenbergrplatz und am 14. November vor dem «Bellevue» statt. Dabei kam es auch zu Übergriffen der bürgerlichen Demonstranten und der Truppen auf vereinzelte Streikende, die am Rand der Versammlungen ihren Widerspruch ausdrückten. Grössere Tumulte ereigneten sich am Nachmittag des 12. November vor dem Hauptbahnhof, wo sich die Angehörigen der vom Bundesrat ausgewiesenen Sowjetmission versammelten und von Zaungästen, die teilweise aus dem Umfeld der diplomatischen Vertretungen der Entente stammten, beschimpft und bedrängt wurden. Wie überall im Land formierte sich auch in Bern eine Bürgerwehr, die Gründungsversammlung fand am 13. November im Bürgerhaus statt.⁶⁹

Während beinahe der ganzen Dauer des Landesstreiks tagte im Bundeshaus eine ausserordentliche Session der Bundesversammlung, die der Bundesrat in seiner Morgensitzung vom 11. November wahrscheinlich auf Anregung von General Wille einberufen hatte.⁷⁰ Die Sitzung begann am ersten Streiktag, dem 12. November, um 11 Uhr. Das Bundeshaus war dabei vom Militär bewacht, die Parlamentarier waren teilweise mit Militärautos angereist. In seiner Rede, die Bundespräsident Calonder zur Eröffnung der Session hielt, rechtfertigte er das Truppenaufgebot und verurteilte den Streik, signalisierte aber gleichzeitig auch eine gewisse Reformbereitschaft. Ein Ordnungsantrag von Grimm, eine interparteiliche Kommission solle einen Antrag für die sofortige Umbildung der Regierung und die Neuwahl des Nationalrats nach dem Proporzverfahren ausarbeiten, wurde deutlich mit 120 zu 14 Stimmen abgelehnt. Die anschliessende, am 13. November fortgesetzte Debatte zeigte verhärtete Fronten: Bürgerliche Parlamentarier und die beiden Vertreter einer rechtssozialdemokratischen Splittergruppe gaben ihrer Ablehnung des Streiks Ausdruck, wobei ihre Fraktionskollegen die Voten jeweils – entgegen der schweizerischen parlamentarischen Gepflogenheiten – mit Applaus bedachten. Die den Streik verteidigenden Sozialdemokraten erhielten jeweils Beifall der Tribüne, was zu Interventionen des Präsidenten führte.⁷¹

Die militärische Besetzung der Unionsdruckerei

Der Generalstreik lähmte auch die Druckereien der bürgerlichen Zeitungen, während die Drucker und Schriftsetzer der Arbeiterzeitungen auf ausdrückliche Anweisung des Aktionskomitees weiterarbeiteten. Am 12. November konnten daher *Der Bund* und das *Berner Tagblatt* nur dünne, von Kaderangestellten gedruckte Informationsbulletins herausgeben, das *Intelligenzblatt* erschien überhaupt nicht. Es kam zu einer Art Umkehr der von den beiden politischen Lagern verwendeten Kommunikationsstrategien: Vereinigte sonst das bürgerliche Lager die Mehrzahl der Zeitungen auf sich und setzte gerade deswegen die Arbeiterbewegung weit mehr als der politische Gegner auf andere Formen der Gegenöffentlichkeit wie Versammlungen und Demonstrationen, dominierte nun die Arbeiterpresse die Medien, während die bürgerliche Seite demonstrativ die Strasse zu erobern suchte. Dies gelang umso eher, als die Sympathien der Kommandanten, deren Armee-Einheiten die Strassen und Plätze kontrollierten, eindeutig waren und die Streikleitung bewusst auf die Organisation von Demonstrationen verzichtete, um das Risiko von Zusammenstössen mit den Truppen zu vermindern. Allerdings genügte dies den bürgerlichen Zeitungsverlegern nicht, und sie machten erfolgreich Druck auf die Behörden, über repressive



Konzert des Spiels des Freiburger Infanterieregiments 7 zur Sessionseröffnung auf dem Bundesplatz, 12. November 1918. Eine von mehreren bürgerlichen Gegendemonstrationen, die während des Streiks in der Stadt Bern stattfanden. – Schweizerisches Bundesarchiv E27#1000/721#14095#5455*.



Massnahmen gegen die Arbeiterpresse das alte Gleichgewicht wiederherzustellen.⁷² Der Bundesrat beauftragte am 12. November um 21 Uhr die Armeeleitung, die «zum Streik oder Aufruhr aufreizenden Blätter, Imprime und dergleichen» beschlagnahmen und die «Druckereien, in denen solche Dinge hergestellt werden», schliessen zu lassen.⁷³

Frühmorgens um 5.30 Uhr besetzten Angehörige des Regiments Diesbach und der Heerespolizei das Gebäude an der Kapellenstrasse 6, in dem sich nicht nur die Unionsdruckerei und die Redaktion der *Berner Tagwacht*, sondern auch das Zentralsekretariat des SMUV und das kantonale sozialdemokratische Parteisekretariat befanden. Zudem wohnten in den obersten Stockwerken der Leiter der Unionsdruckerei, Albert Berner (1870–1944), und Polizeidirektor Schneeberger mit ihren Familien.⁷⁴ Im angrenzenden Gebäude an der Kappellenstrasse 8 befand sich das Sekretariat des SGB.

Die Besetzung des Gebäudes schilderte Berner in einer kurz nach den Ereignissen publizierten Glosse mit spitzer Feder: «Plötzlich gibt's Leben im Hause, die Treppenbeleuchtung wird angezündet und die Treppen hinauf springen und stürzen, den geladenen Revolver in der vorgestreckten Hand, Militär und Heerespolizisten. Die Unionsdruckerei wird militärisch besetzt.» Gleich zu Beginn der Aktion kam es zu unfreiwillig komischen Szenen: Zuerst verdächtigten Militärpolizisten Schneebergers Sohn, der vom Lärm geweckt worden war und von der Dachterrasse aus sehen wollte, was los war, er habe dort «Feuersignale» abgegeben, und sperrten ihn kurzerhand in ein Zimmer. Bei den «Signalen» handelte es sich um aus dem Kamin aufsteigende Flammen und Papieraschenstücke, die entstanden, weil ein Arbeiter die Zentralheizung mit Bündeln von Zeitungsmakulatur anfeuerte, wofür er prompt beschuldigt wurde, er verbrenne Akten. Das Druckereipersonal wurde vom Militär nach Hause geschickt. Wurden sonst, so Berner, bei Streiks «die Arbeitswilligen von Polizei und Militär beschützt», so wurden sie «nun [...] auf Befehl des Bundesrates [...] an der Arbeit verhindert».⁷⁵

Wie von Bundesrat und Armeeleitung beabsichtigt, erschwerte die militärische Besetzung der Sitzungs- und Büroräumlichkeiten des Aktionskomitees und die Unterbindung seiner Presse die Kommunikation zwischen dem OAK und den lokalen Streikkomitees. Das OAK gab darauf das anderswo gedruckte, improvisierte Informationsbulletin *Die rote Fahne* heraus.⁷⁶

Die bürgerliche Gegenbewegung zum Landesstreik begann bereits am 11. November mit einer vom Regierungsrat einberufenen «Vertrauensmännerversammlung» von Grossräten aus dem ganzen Kanton. Sie erliess einen

SCHWEIZ. METALL- & UHRENARBEITER-VERBAND



Jeder Metall- und
Uhrenarbeiter ist
Mitglied seiner
Organisation zur
Förderung der
Berufsinteressen

Sektion: **M.-A.-G. Bern**
Verkehrslokal: **Volkshaus**
Bureau: **Kapellenstrasse 6**
Sprechstunden: **11 bis 12 Uhr**

Krankenkasse
Arbeitslosen- u.
Reiseunterstüt-
zung, Unterstüt-
zung in Notfällen
Rechtsschutz

Hinweistafel des Schweizerischen Metall- & Uhrenarbeiter-Verbandes,
Sektion M.-A.-G. Bern. – *Schweizerisches Sozialarchiv F Oa-5092.*

«Aufruf an das Bernervolk». Auch danach beteiligten sich die Mitglieder der Kantonsregierung persönlich an der bürgerlichen Gegenmobilisierung: Am 13. November reisten die Regierungsräte durch den Kanton Bern und sprachen an Versammlungen.⁷⁷

An der bürgerlichen Gegenbewegung nahmen auch Aktivistinnen aus bürgerlichen Frauenvereinen teil, die sich demonstrativ um das leibliche Wohl der Soldaten kümmerten. Die militärisch besetzten Räume der Unionsdruckerei erhielten, wie Berner spöttisch berichtete, sehr häufig Besuch von «Wohltätigkeitsdamen mit ihrem Kaffee- und Teelürliwasser [...]. Als meine Frau den Soldaten zur Abwechslung ein Gläschen Alkohol gab, meinten sie, das sei doch etwas anderes, als die ewige Teesauferei.» Berner merkte zudem an, dass die Soldaten «ihre Wurst-, Speck- (!) und Brotresten sowie ganze Schokoladetafeln in die Papierkörbe der Buchbinderei schmissen, weil sie nicht alles essen mochten. Allerdings muss man hier gleich bemerken, dass sie die Würste und den Speck nicht von den geehrten Damen, sondern von zu Hause erhielten. Es waren eben Bauern, die auch während der ganzen Kriegsdauer nicht an Speckmangel litten.»⁷⁸

Der Streikabbruch

Am 13. November stellte der Bundesrat dem OAK um 14 Uhr das Ultimatum, den Streik um 17 Uhr abubrechen. Namens des Komitees sprach sein Vizepräsident Ilg bei Bundespräsident Calonder vor und verlangte, dass diese Frist bis Donnerstag 8 Uhr morgens verlängert werde. Der Bundesrat schob die Frist bis Mitternacht hinaus und gab das immer noch militärisch besetzte Streiklokal und dessen Telefonverbindung für die entsprechende Sitzung frei. In einer Nachsitzung, die um 21 Uhr begann und bis ungefähr 2 Uhr morgens dauerte, besprachen das OAK und die in Bern anwesenden Mitglieder der Nationalratsfraktion der SPS und des Bundeskomitees des SGB das weitere Vorgehen. Nach Gesprächen zwischen Delegationen des Komitees und des Bundesrats beschlossen sie schliesslich, den Streik am 14. November um Mitternacht abubrechen.⁷⁹

Am Donnerstagmorgen versammelte sich um 8.30 Uhr der Nationalrat zur letzten Sitzung der ausserordentlichen Session. Als einziges Traktandum hörten die Ratsmitglieder sich eine kurze Rede von Bundespräsident Calonder an. Er verkündete, dass das «Streikkomitee [...] den bedingungslosen Widerruf des Streiks» beschlossen habe.⁸⁰ Laut Ilg, der betonte, dass die bundesrätliche Delegation in den Gesprächen in der vorangegangenen Nacht durchaus eine gewisse Konzessionsbereitschaft signalisiert habe, hatte dies «bei den Arbeitern den Effekt [...], dass sie erst recht nicht gewillt waren, den Streik abubrechen».⁸¹

Da entgegen einer weiteren Zusicherung des Bundesrats die Telefone an der Kapellenstrasse 6 immer noch unterbrochen und das Gebäude weiterhin von Truppen besetzt war, tagte das Aktionskomitee am Vormittag im Volkshaus.

Dort fand gleichzeitig eine grosse Versammlung von Streikenden statt, an der die Stimmung sehr erbittert war. Grimm, der selbst gegen den Streikabbruch gestimmt hatte, versuchte um ungefähr 11 Uhr die Anwesenden von der Notwendigkeit des Streikabbruchs zu überzeugen.⁸² Doch die Versammlung beschloss zunächst, einen Arbeiterrat zu gründen, der den Streik auf eigene Faust weiterführen sollte.⁸³

Erheblich zur Zuspitzung der Lage am letzten Streiktag trug zudem bei, dass die Armeespitze versuchte, den Aufruf zum Streikabbruch zu zensurieren. Bereits während der Sitzung im Volkshaus erschien ein Stabsmajor, der die Herausgabe der Proklamation zum Streikabbruch verlangte. Als die Kommissionsmitglieder ab 13 Uhr das Gebäude an der Kapellenstrasse endlich wieder betreten durften, funktionierte zwar das Telefon wieder, das Haus war aber immer noch von Truppen besetzt. Telefonate mit den lokalen Streikkomitees wurden von Offizieren mitgehört, die sofort das Gespräch unterbrachen, wenn Mitglieder der Streikleitung den Abbruch nicht nur kommentarlos mitteilten, sondern ihn genauer begründen wollten. Dies führte dazu, dass die Gesprächspartner jeweils davon ausgingen, dass es sich beim Streikabbruch um eine Falschmeldung des Militärs handelte, und nicht mehr glaubten, dass tatsächlich ein Mitglied der Streikleitung am Apparat war.⁸⁴ Auch schriftlich sollte nur gerade eine kommentarlose Bekanntgabe des Streikabbruchs gedruckt werden dürfen. Das Aktionskomitee wies dies zurück.

Danach erschien Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg (1850–1927) persönlich an der Kapellenstrasse und forderte die Herausgabe des Manuskripts. Zufälligerweise rief gleichzeitig Bundesrat Schulthess an und erkundigte sich nach dem Aufruf. Ilg, der den Entwurf in seiner Tasche hatte, las die Proklamation vollständig am Telefon vor, dies auch «als Protest gegenüber der Behandlung durch das Militär».⁸⁵

Sprecher, der das Gespräch mithörte, war vom Inhalt wenig erbaut, wie er in seinem Tagebuch notierte: «Es war ein hetzerischer Aufruf, der noch zu Lokalstreiks aufforderte und schloss: Hoch der Klassenkampf!»⁸⁶ Er gab den Befehl, sämtliche Anwesenden im Streiklokal festzuhalten. Dasselbe Schicksal traf wenig später Stadtpräsident Müller, der sich an die Kapellenstrasse begeben hatte, weil er das Aktionskomitee auffordern wollte, die immer erregtere Stimmung an der Versammlung im Volkshaus zu beruhigen, und dabei, wie er sich später

erinnerte, «in die Mäusefalle des Herrn von Sprecher» geriet.⁸⁷ Selbst ein Beamter der Bundesanwaltschaft, der die Komiteemitglieder ebenfalls auffordern wollte, beruhigend auf die Streikenden einzuwirken, wurde im Gebäude festgehalten, weil er sich nicht ausweisen konnte.⁸⁸

Stadtpräsident Müller gelang es schliesslich, Calonder telefonisch zu erreichen und die Mehrheit des Bundesrats – zur grossen Enttäuschung Sprechers – von der Sinnlosigkeit dieser Massnahmen zu überzeugen. Um 18 Uhr gab der Bundesrat die Anweisung, die Besetzung des *Tagwacht*-Gebäudes aufzuheben. Nun endlich konnte der Aufruf zum Streikabbruch gedruckt werden.⁸⁹

Ilg und weitere Redner schafften es, die Teilnehmer der Massenversammlung im Volkshaus umzustimmen: Gegen 0.30 Uhr beschlossen die Berner Streikenden nach langer und heftiger Diskussion mit grosser Mehrheit, aber «mit Zorn im Herzen, noch immer kampfbereit, einzig dem eisernen Gebot strengster Disziplin folgend», die Wiederaufnahme der Arbeit am Freitagmorgen, dem 15. November.⁹⁰

4. Nachspiel

Die Interpellation Müller

Teilweise bereits während und vor allem unmittelbar nach dem Landesstreik setzten in Bern wie anderswo heftige politische Kontroversen über die Schuldfrage ein. Noch jahrelang lieferte vor allem das zeitliche Zusammenfallen der Ereignisse mit einer zweiten Welle der verheerenden Grippepandemie von 1918 den Stoff für besonders erbittert geführte Diskussionen, wobei von rechtsbürgerlicher Seite die Schuld am Tod der Hunderten im Dienst an der Grippe erkrankten Soldaten den Streikführern zugeschoben wurde. Umgekehrt hatte die Linke von Anfang an das Truppenaufgebot gerade mit Hinweis auf die Grippegefahr kritisiert. Es war die Empörung über diese gegen das OAK gerichtete Hetzkampagne, die Georg Wildbolz (1893–1967), den Sohn des Platzkommandanten, dazu trieb, mit Stadtpräsident Müller Kontakt aufzunehmen. Der junge Offizier hatte am 8. November 1918 auf dem Schreibtisch seines Vaters das Schreiben von General Wille an Bundesrat Decoppet vom 4. November («Memorial Wille») gesehen. Darin erklärte der General auch, dass er die Verantwortung für ein Aufgebot während der Grippeepidemie zu tragen bereit sei. Aus dem Gedächtnis gab Wildbolz den Inhalt des Memorials an Müller durchaus korrekt weiter. Wille hatte allerdings, anders als sich Wildbolz zu erinnern glaubte, nicht geschrieben, dass es ihm darum gehe, «dieses Gesindel durch ein starkes

Truppenaufgebot in seine Schlupfwinkel zurückzuschlagen».⁹¹ Es dürfte sich um eine Verwechslung mit einer Stelle handeln, bei der Wille sich überzeugt gab, «dass das blossе Aufgebot der Kavallerie schon genügt, um den verbrecherischen Willen unserer Bolschewiki-Führer niederzuhalten».⁹² Unter anderem gestützt auf die Mitteilungen Wildbolz' reichte Müller am 3. Dezember eine Interpellation im Nationalrat ein, die den Bundesrat aufforderte, «über die Ursachen und Motive der vor dem Streik beschlossenen und vollzogenen starken Truppenaufgebote akten- und wahrheitsgemäss Auskunft zu geben». Bundespräsident Calonder beantwortete den Vorstoss bereits am 10. Dezember abweisend.⁹³ Im Landesstreikprozess kamen die Angeklagten auf die Angelegenheit zurück und erreichten die Publikation von Auszügen aus dem «Memorial». Schliesslich erhielt Wille auf seinen eigenen Wunsch vom Bundesrat die Erlaubnis, das Memorial zu publizieren.⁹⁴

Die «Abschiedsfeier» für Grimm

Im März und April 1919 fand in Bern der militärgerichtliche Prozess gegen das OAK statt. Die Anklage lautete auf Meuterei, da die Truppen im Streikaufruf aufgefordert worden waren, einen Schiessbefehl auf die Streikenden zu verweigern. Nur vier der Angeklagten wurden schuldig gesprochen, darunter Grimm, der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Am 7. Juli 1919, dem Tag, da er seine Strafe auf Schloss Blankenburg (Obersimmental) antreten musste, lähmte ein mehrstündiger Proteststreik die Stadt. Mit einer Demonstration am Bahnhof verabschiedeten sich die Berner Arbeiterinnen und Arbeiter von ihrem «Röbu». Einige blockierten sogar die Schienen und räumten diese erst, nachdem Grimm sie dazu aufgefordert hatte.

Auf diese «Abschiedsfeier» für Grimm während der Arbeitszeit antworteten einige Unternehmen mit Massregelungen, so die Schokoladefabrik Tobler, wo es danach zu einem Streik kam. In der Landwirtschaftlichen Maschinenzentrale Bümpliz reagierte die Unternehmensleitung auf die Teilnahme an der «Abschiedsfeier» sogar mit einer mehrmonatigen Aussperrung, mittels welcher es der Unternehmensleitung gelang, die wichtigsten gewerkschaftlichen Vertrauensleute aus dem Betrieb zu verdrängen.⁹⁵

Bemerkenswert ist, dass der kurze lokale Generalstreik vom 7. Juli auch den unmittelbaren Anlass zur Gründung des Verbands stadtbernischer Industrieller bildete.⁹⁶ Lokale Dachorganisationen innerhalb des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, der zuvor ausschliesslich aus landesweiten Branchenverbänden bestanden hatte, bildeten sich in den Monaten



Robert Grimm (im Türfenster) verabschiedet sich am 7. Juli 1919 am Bahnhof Bern von seinen Anhängern, um seine Haftstrafe auf Schloss Blankenburg anzutreten. – *Schweizer Illustrierte Zeitung* Nr. 29 (19.7.1919), S. 401 – Photo Keller, Bern.

nach dem Landesstreik übrigens auch in anderen Kantonen. Sie umfassten sowohl die bereits den Branchenverbänden angeschlossenen als auch bisher nicht in einem Arbeitgeberverband organisierte Unternehmen.⁹⁷

Kantonale Untersuchung gegen die Gemeinde Bern

Für Gesprächsstoff sorgte in der Stadt Bern, dass die Namen der drei ständigen sozialdemokratischen Gemeinderäte auf dem Streikaufruf vom 11. November 1918 standen. Die Gemeinderäte wurden deshalb von bürgerlicher Seite eines Doppelspiels bezichtigt. Während bei Grimm klar war, dass er der führende Kopf der Streikbewegung war, hatte Schneeberger zwar an den entscheidenden Sitzungen als Präsident des SGB teilgenommen, war dort aber kaum in Erscheinung getreten. Müller war gar nicht anwesend, sondern war in seiner Eigenschaft als Mitglied der kollektiv unterzeichnenden sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung aufgeführt. Allerdings spielte er dann, wie bereits erwähnt, eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen rund um den Streikabbruch und bei der Aufarbeitung der Ereignisse. Vorwürfe gemacht wurden besonders an die Adresse Schneebergers wegen des zurückhaltenden Polizeieinsatzes und Grimms wegen des Streiks der Tramangestellten und des Teilstreiks der übrigen Gemeindebehörden, die ebenfalls seiner Direktion unterstellt waren. Die während des Streiks konstituierte Bürgerwehr lancierte bereits am 18. November 1918 eine Petition an den Regierungsrat, worin dieser aufgefordert wurde, die drei sozialdemokratischen Gemeinderäte wegen ihres Verhaltens während der Novemberstreiks ihres Amts zu entheben. Ein bürgerlicher Vorstoss im Stadtparlament zielte in eine ähnliche Richtung.⁹⁸

Unabhängig davon hatte der Regierungsrat bereits am 12. November das Regierungsstatthalteramt Bern beauftragt, die Ereignisse während des Proteststreiks in der Stadt Bern zu untersuchen. Am 20. November dehnte die Regierung diesen Auftrag weiter aus: Das Regierungsstatthalteramt sollte demnach auch abklären, welche Einstellung die Berner Gemeindebehörden zur Teilnahme der Tramangestellten und des Personals weiterer Gemeindebetriebe am Landesstreik vom 12. bis 14. November gehabt hatten. Regierungsstatthalter Fritz Roth (1860–1939) erteilte zwei Kantonspolizisten den Auftrag, zu den Vorfällen bei den Geschäfts- und Wirtshausausschliessungen während des Proteststreiks Ermittlungen durchzuführen. Diese Berichte dienten auch als Grundlage für eine vom ausserordentlichen Untersuchungsrichter und konservativen Altgemeinderat Karl David Friedrich von Fischer (1865–1953) geleitete strafrechtliche Untersuchung.⁹⁹ Gestützt auf den Bericht von Regierungsstatthalter Roth

entschied der Regierungsrat am 24. Dezember, den Regierungsstatthalter mit einer Untersuchung «über die am 9. und in der Zeit vom 12. bis 15. November 1918 in der Gemeindeverwaltung von Bern zu Tage getretenen Unregelmässigkeiten» zu beauftragen.¹⁰⁰ Weiter mussten Stadtpräsident Müller, Polizeidirektor Schneeberger und Gemeinderat Grimm Berichte über ihre Geschäftsführung während der Novemberstreiks abliefern.¹⁰¹

Ein Jahr nach dem Ende des Landesstreiks beschloss der Regierungsrat am 15. November 1919, die Untersuchung nicht weiterzuführen. Zwar verwarnte der Regierungsrat die drei Gemeinderäte scharf. Bei Müller sei aber die Verfehlung nicht so schwerwiegend, dass die gesetzlich vorgesehenen Sanktionen – Amtseinstellung oder sogar Abberufung – infrage kämen. Grimm und Schneeberger hatten dagegen nach der Einschätzung des Regierungsrats klar ihre Pflichten verletzt. Dennoch verzichtete der Regierungsrat auf weitere Schritte. Er machte als mildernde Umstände die allgemein bewegten Zeiten und die Tatsache geltend, dass die beiden Gemeinderäte ihre Ämter erst seit relativ kurzer Dauer bekleideten. Grimm sei zudem durch das militärgerichtliche Urteil bereits bestraft worden. Der Regierungsrat stellte aber klar, dass er bei «ähnlichem Verhalten im Wiederholungsfall» gegen Grimm ein Abberufungsverfahren einleiten und gegen Schneeberger «strenge Massnahmen» ergreifen werde.¹⁰² Im Sinn dieses Beschlusses wies der Regierungsrat am 10. Dezember 1919 auch die Forderung der Bürgerwehrpetition ab.¹⁰³

5. Schluss

Als Sitz der Bundesbehörden und des Aktionskomitees spielte Bern eine zentrale Rolle in den Novemberstreiks. Zwar ist es richtig, dass die als besonders angespannt wahrgenommene Lage in Zürich den Vorwand für das Truppenaufgebot vom 5./6. November 1918 lieferte und die eigenmächtige Weiterführung des Proteststreiks vom 9. November durch die Zürcher Arbeiterunion einen entscheidenden Anstoss für den eigentlichen Landesstreik vom 12. bis 14. November 1918 gab. Trotzdem behielt das von Bern aus agierende OAK aufseiten der Arbeiterbewegung die Führung in der Hand. Auch auf der bürgerlichen Gegenseite gaben die Entscheide des Bundesrats und des eilends zusammengerufenen Parlaments letztlich den Ausschlag. Erst durch die Aktionen dieser von Bern aus agierenden Entscheidungsgremien erhielten die Novemberstreiks den Charakter einer landesweiten Kraftprobe, die in dieser Form in der Geschichte der modernen Schweiz einmalig ist.

Von dieser Bedeutung Berns für die landesweite Bewegung abgesehen, verdienen aber auch die lokalen Ereignisse mehr Beachtung als bisher. So war die Streikbeteiligung in der Stadt Bern und ihrer Umgebung sehr hoch. Besonders ausgeprägt machte sich im Kanton Bern vor, während und nach den Novemberstreiks ein Graben zwischen den städtischen und industriellen Zentren und ihrem im gesamtschweizerischen Vergleich noch überdurchschnittlich stark landwirtschaftlich geprägten Umland bemerkbar. Dass in Bern die sich ab Ende 1917 formierende Bauern- und Bürgerpartei zur klar dominierenden Kraft innerhalb des Bürgerblocks wurde, verdankte sie auch dem Umstand, dass sie weit unversöhnlicher als der Freisinn als Gegengewicht zu den Forderungen der Arbeiterschaft auftrat. Am 27. Februar 1920 misshandelten in Moosseedorf ein Landwirt, ein Baumeister und zwei weitere Anhänger der Bauernpartei den Maurer, Gewerkschafter und Sozialdemokraten Johann Schmid nach einem politischen Wortgefecht derart brutal, dass er an den Folgen verstarb. An einer Protest- und Trauerkundgebung zogen am 7. März Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern durch Zollikofen und Moosseedorf. Gewiss kam es danach nicht mehr zu derart fatalen Übergriffen. Dennoch wirft der Vorfall ein grelles Licht auf die feindselige Stimmung gegenüber der Arbeiterbewegung auf dem Land – und dies selbst in einer relativ zentrumsnahen Gemeinde.¹⁰⁴

Allerdings war die rechtsbürgerliche Bewegung, die sich zunehmend um die neu gegründete Partei und die im November 1918 entstandenen Bürgerwehren gruppierte, während des Landesstreiks noch nicht die entscheidende Kraft im bürgerlichen Lager. In der Landes- und der Kantonsregierung dominierten vielmehr noch die durchaus zu gewissen Konzessionen bereiten Teile des Freisinns. Trotz aller verbalen Kraftmeierei gegen die angeblich verfassungswidrige Stossrichtung des Landesstreiks waren deren Exponenten zu einer pragmatischen Zusammenarbeit mit der mehrheitlich «roten» Berner Stadtregierung bereit, deren drei ständige sozialdemokratische Mitglieder zudem zu den wichtigsten Führungspersonlichkeiten der gesamtschweizerischen Arbeiterbewegung gehörten. Der vom Bundesrat gegen den Willen der Armeeleitung eingesetzte Platzkommandant Wildbolz unterstützte diesen Kurs. Diese Bereitschaft auf beiden Seiten, eine pragmatische Zusammenarbeit zur Vermeidung einer blutigen Eskalation anzustreben, ohne andererseits die grossen realen politischen Gegensätze zu verwischen, trug entscheidend dazu bei, dass in Bern schwere Zwischenfälle während der Streiktage ausblieben.

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass – teilweise gegen den Willen dieser bürgerlichen Exponenten, teilweise auch mit ihrem Einverständnis –

die blosse Tatsache der militärischen Besetzung der Stadt, die bürgerlichen Gegendemonstrationen und die Besetzung der *Tagwacht* einen sehr provokativen Charakter trugen. Die grosse Disziplin der streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter ist damit – wie übrigens auch in Zürich, das solchen militärischen Provokationen stärker ausgesetzt war – der letztlich wohl gewichtigste Faktor für den weitestgehend friedlichen Verlauf der grossen Kraftprobe.

Danach vertraten die eidgenössischen und kantonalen Behörden mit der militärgerichtlichen Verfolgung der Führer des Landesstreiks und vieler Streikender und der Untersuchung gegen die Gemeinde Bern zunächst stärker die repressive Linie, wie sie von weiten Teilen der bürgerlichen Basis gefordert wurde. In der Folge kam es aber in den meisten strafgerichtlichen Verfahren zu Freisprüchen, die wenigen Urteile lauteten meist auf relativ milde Strafen, das aufwendige Verfahren gegen die Gemeinde Bern wurde nach einem Jahr eingestellt. Dies zeigt einerseits, dass die Streikenden selbst in einem ihnen wenig günstigen juristischen Rahmen kaum rechtswidrige Akte begangen hatten, andererseits auch, dass unter den bürgerlichen Entscheidungsträgern die Furcht vor einer neuen Eskalation und der Wille, nicht noch mehr Öl ins Feuer zu giessen, letztlich den Ausschlag gaben.

Dieser Artikel ist die verschriftlichte und thematisch leicht erweiterte Fassung eines Referats, das der Autor am 13. November 2018 im Rahmen der Vortragsreihe des Historischen Vereins des Kantons Bern gehalten hat.

Anmerkungen

- ¹ Cronin, James E.: Labor Insurgency and Class Formation. Comparative Perspectives on the Crisis of 1917–1920 in Europe. In: *Social Science History* 4,1 (1980), 125–152, hier 130 und 137–144.
- ² Fritzsche, Bruno: Bern nach 1800. In: *Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde* 53,1–2 (1991), 79–98; Lüthi, Christian: Die Spinnerei Felsenau 1864–1975. Ein wichtiges Kapitel der industriellen Vergangenheit Berns. In: *Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde* 64,2 (2002), 49–99.
- ³ Keller, Willy: 175 Jahre Geschichte der schweizerischen und bernischen Arbeiterbewegung, 1800–1975. *Wegleitung*. Bern 1975, 54f.
- ⁴ Gruner, Erich: Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat. Bern 1968, 791–793.
- ⁵ Degen, Bernard: Berner Tagwacht. In: Richers, Julia; Degen, Bernard (Hrsg.): *Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe*. Zürich 2015, 29f.; Zimmermann, Adrian: *Volkshaus Bern*. In: ebd., 66–68.

- ⁶ Degen, Bernard et al. (Hrsg.): Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten. Zürich 2006, 348; SMUV (Hrsg.): Unsere Zukunft hat Geschichte. Ein Jahrhundert im Gewerkschaftskampf gegen materielle Not, für Gerechtigkeit und Menschenwürde. Eine Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes (SMUV). Bern 1988, 190.
- ⁷ Militärorganisation der schweizerischen Eidgenossenschaft (vom 12. April 1907). In: Bundesblatt 2,17 (19.4.1907), 1019.
- ⁸ Arbeiterunion Bern: Bericht für das Jahr 1914. Bern 1915, 12–18.
- ⁹ Arbeiterunion Bern: Bericht für das Jahr 1915. Bern 1916, 13–15.
- ¹⁰ Guex, Sébastien: L'inflation en Suisse pendant la Première Guerre mondiale. Causes, réactions, discussion historiographique. In: *Traverse* 24,3 (2017), 81–96.
- ¹¹ Zimmermann, Adrian: Robert Grimm, le mouvement ouvrier bernois et la mémoire contestée de Zimmerwald. In: *Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier* 32 (2016), 14–36.
- ¹² Arbeiterunion Bern (wie Anm. 9), 4f.
- ¹³ Pfeifer, Regula: Frauen und Protest. Marktdemonstrationen in der deutschen Schweiz im Kriegsjahr 1916. In: Tanner, Albert; Head-König, Anne-Lise (Hrsg.): *Frauen in der Stadt*. Zürich 1993, 93–109.
- ¹⁴ Der rote Sonntag. In: *Berner Tagwacht* 24, 207 (4.6.1916).
- ¹⁵ Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (Ar SGB), Arbeiterunion Bern, PE 1748, Protokollbuch 7.6.1915–23.5.1918, Delegiertenversammlung 31.7.1917, 177f.; Die Teuerungsdemonstrationen am 30. August. In: *Berner Tagwacht* 25, 203 (31.8.1917), 1f.
- ¹⁶ Zimmermann, Adrian: Der Landesstreik und die wirtschaftlichen Streiks der Jahre 1916–1920. Streiflichter aus den Kantonen Bern und Aargau. In: *Traverse* 25,2 (2018), 255–273, hier 259f.
- ¹⁷ SMUV (Sektion Bern): Jahresbericht pro 1916 und 1917. Bern 1918, 34, 49–55, 84f.; Jahresbericht pro 1918 und 1919, 129. SMUV (Zentralsekretariat): Bericht für das Jahr 1917, 72; Bericht 1918, 73; Bericht 1919, 131.
- ¹⁸ Vuattolo, August: Allgemeine Arbeiterbewegung. Die Bedeutung des Baugewerbes, Geschichte der Verbände der Holzarbeiter, der Zimmerleute, der Maler und Gipser (bis 1920/21). Zürich 1953 (Geschichte des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes, Bd. 1), 200–203, 223, 325, 328f.; Vuattolo, August: Die Geschichte der Maurer und Handlanger, der Stein- und Ziegelarbeiter, der Bauarbeiter (bis 1920/21). Zürich 1955 (Geschichte des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes, Bd. 2), 243f., 255; SMUV: Bericht 1918, 72, 76.
- ¹⁹ Aus schweizerischen Verbänden. In: *Gewerkschaftliche Rundschau* 9,11 (1917), 103; Schweizerischer Textilarbeiterverband (Fabrikarbeiterverband): Bericht vom 1. November 1915 bis 31. Dezember 1917. Bern 1918, 44f.; Schweizerischer Textilarbeiterverband (Fabrikarbeiterverband): Jahrbuch 1918/1919. Bern 1920, 112f., 126, 130; Verband der Papier- und graphischen Hilfsarbeiter der Schweiz: XIII. Jahresbericht für die Jahre 1916 und 1917. Zürich 1918, 29f.; Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter: Bericht über die Tätigkeit in den Jahren 1917, 1918 und 1919. Bern 1920, 61f., 94, 101, 119–121, 143.
- ²⁰ Scheurer, Karl: Schweizerischer Zivildienst «hinter der Front». Referat von Regierungsrat Scheurer in der freisinnig-demokratischen Partei der Stadt Bern. In: *Intelligenzblatt für die Stadt Bern*, 2.10.1917, 3; 4.10.1917, 1f. und 6.10.1917, 3.
- ²¹ Zivildienstplicht. Die Militarisierung der Privatarbeiter. In: *Berner Tagwacht*, 20.12.1917; Auf dem Wege zur Zivildienstplicht. In: *Berner Tagwacht*, 26.12.1917.
- ²² Staatsarchiv des Kantons Bern (StAB), GBI Sektion Bern, V Unia 712, Protokoll der Holzarbeiterversammlung Sektion Bern-Land, 27.1.1918 im Restaurant Bahnhof in Schüpfen.

- ²³ Vgl. Schmid-Amman, Paul: Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918. Seine Ursachen, sein Verlauf, seine Folgen. Zürich 1968, 83.
- ²⁴ Bähler, Anna et al. (Hrsg.): Bern – die Geschichte der Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Stadtentwicklung, Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Kultur. Bern 2003, 341f.
- ²⁵ Ebd., 338.
- ²⁶ Stadt Bern: Bericht des Gemeinderates der Stadt Bern an den Stadtrat betreffend den allgemeinen Gang der Gemeindeverwaltung im Jahre 1918. Bern 1919, 24f.
- ²⁷ Grimm, Robert: Zum Abschied. In: Berner Tagwacht 26, 240 (15.10.1918), 1.
- ²⁸ Bericht des Gemeinderates 1918 (wie Anm. 26), 25.
- ²⁹ Gruner, Erich: Die Schweizerische Bundesversammlung 1848–1919, Bd. 3: Tabellen – Grafiken – Karten. Bern 1978, 327f.
- ³⁰ P[eter] B[ratschi]: Einen Glanztag. In: Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung, 19.10.1918, 3.
- ³¹ Aemmer, Robert Walter: Die Sozialdemokratie im Kanton Bern 1890–1914. Zürich 1973, 204; Ein Ergebnis. In: Intelligenzblatt, 29.4.1918, 1; Grossrats-Stichwahlen. In: ebd., 13.5.1918, 2.
- ³² Memorial des Generals vom 4. November 1918. In: Gautschi, Willi (Hrsg.): Dokumente zum Landesstreik 1918. Zürich 1971, 170–174.
- ³³ Gautschi, Willi: Der Landesstreik 1918. Zürich 1988, 240f. Der Eintrag aus dem Journal der Generalstabs-Abteilung, zitiert nach ebd., Anm. 14, 240.
- ³⁴ Andrey, Laurent: Contre-épreuve. La grève générale «en ricochet» à Fribourg. In: Rennwald, Jean-Claude; Zimmermann, Adrian (Hrsg.): La grève générale de 1918 en Suisse. Histoire et répercussions. Neuchâtel 2018, 113–123.
- ³⁵ Infanterieregiment 16. In: Berner Tagwacht, 8.11.1918. Das Regiment 16 und der Generalstreik. In: Berner Tagwacht, 27.11.1918.
- ³⁶ Gautschi (wie Anm. 33), 240–242.
- ³⁷ Ar SGB, Oltener Aktionskomitee/Generalstreik 1918, Korrespondenz und Aufrufe, G 190/3, Oltener Aktionskomitee, Aufforderung zum Streik in 19 Orten, 7.11.1918.
- ³⁸ Ar SGB, Arbeiterunion Bern PE 1748, Protokollbuch 1915–1923, U[nions] C[omitée]: Sitzung, Sonntag, 10. November 1918, abends 5 Uhr im Arbeitersekretariat, 14.
- ³⁹ Gautschi (wie Anm. 33), 240–242.
- ⁴⁰ Der Landesstreik-Prozess gegen die Mitglieder des Oltener Aktionskomitees vor dem Militärgericht 3 vom 12. März bis 9. April 1919. Bern 1919, 366.
- ⁴¹ StAB, BB XIIIb 93016, Bern Stadt: Einwohnergemeinde, amtliche Untersuchung betreffend den Generalstreik, 1919, Oskar Schneeberger: Bericht über das Verhalten und die Tätigkeit der städtischen Polizei anlässlich des Proteststreikes in Bern vom 9. November 1918, 18.11.1918.
- ⁴² StAB, A II 3389 Generalstreik (Landesstreik) 1918, Innere Lage, Truppenaufgebot; Akten etc., Protokoll über die Konferenz zwischen dem Regierungsrat und dem Gemeinderat der Stadt Bern, 8.11.1918.
- ⁴³ Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), E1004.1 Protokolle des Bundesrates, 1000/9, Bd. 267135, Sitzung, 8.11.1918.
- ⁴⁴ StAB, A II 3389 (wie Anm. 42), Sitzung des Regierungsrats vom 8.11.1918 (handschriftlicher Protokollauszug).
- ⁴⁵ Berner Tagwacht, 11.11.1918.

- ⁴⁶ Intelligenzblatt, 11.11.1918.
- ⁴⁷ Berner Tagwacht, 11.11.1918.
- ⁴⁸ Gautschi (wie Anm. 33), 255f.
- ⁴⁹ StAB, BB XIIIb 93016 (wie Anm. 41), Bericht von Landjägerkorporal Jaggi und Landjäger Rikli an das Regierungsstatthalter-Amt I in Bern, 14.11.1918, 1. Nachtrag vom 18.11.1918 (u.a. zu Loeb), 3. Nachtrag vom 20.11.1918 (u.a. zu Brann) und 4. Nachtrag vom 23.11.1918 (u.a. zu Kaiser) im Subdossier «Ausserordentlicher Untersuchungsrichter Bern. Untersuchungsakten gegen Unbekannte Täterschaft».
- ⁵⁰ Ebd., Verhörprotokolle der Stadtpolizisten Wm. Michel, Kpl. Grünig, Hptm. Zwicky und Kpl. Mägli (1–6) und des Wirts Tannaz (73–79) im Band «Untersuchung der Vorfälle anlässlich des Proteststreikes vom 9. November 1918».
- ⁵¹ Ebd., Verhörprotokolle Polizeihauptmann Zwicky und Polizeidirektor Schneeberger, 4–6 und 10–14.
- ⁵² Ebd., Verhörprotokoll Zwicky, 5; 25 Jahre Verband der städtischen Polizei-Angestellten 1903–1928. Bern 1929.
- ⁵³ Gautschi (wie Anm. 33), 242.
- ⁵⁴ Barras, Pierre: Il y a cinquante ans. Sur les pas du régiment 7. Du «Ranz des vaches» à l'expulsion de la mission bolchevique. In: La Liberté, 22.11.1918, 3; Feldmann, Markus: Tagebuch 1923–1958, bearbeitet von Peter Moser. Basel 2001–2002 (CD), Eintrag 9.11.1918.
- ⁵⁵ Gautschi (wie Anm. 33), 272–276; Landesstreik-Prozess (wie Anm. 40), 199, 506.
- ⁵⁶ Landesstreik-Prozess (wie Anm. 40), 369.
- ⁵⁷ Ar SGB, Arbeiterunion Bern PE 1748 (wie Anm. 38), 14.
- ⁵⁸ Gautschi (wie Anm. 33), 257–276.
- ⁵⁹ Arbeiterunion Bern: Jahresbericht 1918–1921. Bern 1923, 11.
- ⁶⁰ Berner Tagwacht, 12.11.1918.
- ⁶¹ StAB, V Unia 245, Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter: Protokollbuch Allgemeine Sektion Bern 1916–1919, Generalversammlung vom 27. Januar 1919 im grossen Volkshaussaale.
- ⁶² Beide Aufrufe sind im Wortlaut abgedruckt in: Stadt Bern (wie Anm. 26) 1919, 30–32.
- ⁶³ Berner Tagwacht, 12.11.1918.
- ⁶⁴ Gautschi (wie Anm. 33), 244, 256, 327.
- ⁶⁵ Berner Tagwacht, 12.11.1918.
- ⁶⁶ Landesstreik-Prozess (wie Anm. 40), 385f.
- ⁶⁷ Ebd., 375, Aussage Schneeberger.
- ⁶⁸ Barras (wie Anm. 54), 3.
- ⁶⁹ Feldmann (wie Anm. 54), Eintrag 13.11.1918.
- ⁷⁰ Gautschi (wie Anm. 33), 297f.
- ⁷¹ Landesstreik. In: Amtliches stenographisches Bulletin der Bundesversammlung, 12.–14.11.1918, 429–465.
- ⁷² Scheurer, Karl: Fragmente aus dem Tagebuch. In: Gautschi (wie Anm. 32), 337.
- ⁷³ BAR, E1004.1 Protokolle des Bundesrates, 1000/9, Bd. 269, Sitzung, 12.11.1918.
- ⁷⁴ Landesstreik-Prozess (wie Anm. 40), 191f., 307.

- ⁷⁵ B[erne]r, A[lbert]: Die Eroberung der Tagwacht. In: Berner Tagwacht 269 (20.11.1918), 1 (Beilage).
- ⁷⁶ Ar SGB G 23 (GS)/2, Die rote Fahne. Bulletin Nr. 1 des Oltener Aktionskomitees.
- ⁷⁷ Scheurer (wie Anm. 72), 337–340.
- ⁷⁸ Berner (wie Anm. 75).
- ⁷⁹ Gautschi (wie Anm. 33), 318–321.
- ⁸⁰ Landesstreik (wie Anm. 71), 14.11.1918, 480f.
- ⁸¹ Landesstreik-Prozess (wie Anm. 40), 438.
- ⁸² Ebd., 516.
- ⁸³ StAB, BB XIIIb 93016 (wie Anm. 41), Sitzung vom 15. November 1918, Mitteilung Grimm, Auszüge aus den Gemeinderatsprotokollen.
- ⁸⁴ Landesstreik-Prozess (wie Anm. 40).
- ⁸⁵ Ebd., 308, 346, 353.
- ⁸⁶ Sprecher, Theophil: Tagebuch Nr. 12, 1.–28. November 1918 (gekürzt). In: Gautschi (wie Anm. 32), 331.
- ⁸⁷ Landesstreik-Prozess (wie Anm. 40), 782.
- ⁸⁸ Ebd., 515f.
- ⁸⁹ Ebd., 440; Sprecher (wie Anm. 86), 331.
- ⁹⁰ Arbeiterunion Bern (wie Anm. 59), 11.
- ⁹¹ Schmid-Ammann (wie Anm. 23), 336–338; Gautschi (wie Anm. 33), 368f.
- ⁹² Memorial (wie Anm. 32), 174.
- ⁹³ Schweizerisches Sozialarchiv, Sachdokumentation, KS 331/260 Generalstreik, Landesstreik 1918, Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung, Wintersession 1918/1919, 19; Flugblatt Vorgeschichte des Generalstreiks. Offene Anfrage an den Bundesrat (Rede von Herrn Gustav Müller im Nationalrat vom 10. Dezember).
- ⁹⁴ BAR, E1004.1 Protokolle des Bundesrates, 1000/9 Bd. 272, 65. Sitzung, 28.6.1919.
- ⁹⁵ SMUV: Jahresbericht. Bern 1918–19, 33f. und 103–123.
- ⁹⁶ Pezolt, Alfred: 50 Jahre Verband industrieller Arbeitgeber von Bern und Umgebung. [Bern] 1969, 13.
- ⁹⁷ Eichenberger, Pierre: Les organisations patronales et la Grève générale de 1918. In: *Traverse* 25,2 (2018), 129–150, hier 147.
- ⁹⁸ StAB, BB XIIIb 93016 (wie Anm. 41), Volksbegehren an den Regierungsrat d[es] Kantons Bern um Abberufung der sozialdemokratischen Gemeinderäte der Stadt Bern: Grimm, Müller & Schneeberger, 4.12.1918, Interpellation vom 20.11.1918; Gemeinde Bern: Anträge an den Stadtrat. Zweites Halbjahr 1918, Bern 1918, 205f.
- ⁹⁹ StAB, A II 3389 (wie Anm. 42), Generalprokurator Friedrich Langhans an Regierungsrat, 13.11.1918.
- ¹⁰⁰ StAB, BB XIIIb 93016 (wie Anm. 41), Protokollauszug Sitzung des Regierungsrats vom 24. Dezember 1918.
- ¹⁰¹ Ebd., Fritz Roth (Regierungsstatthalter I) an Gemeinderat Bern, 26.2.1919.
- ¹⁰² Ebd., Protokollauszug Sitzung des Regierungsrats vom 15. November 1919.

¹⁰³ Ebd., Protokollauszug Sitzung des Regierungsrats vom 10. Dezember 1919.

¹⁰⁴ Ein politischer Mord. In: Berner Tagwacht, 1.3.1920; † Johann Schmid, Moosseedorf. In: Der Bauhandwerker, 3.4.1920, 2f.; Eine machtvolle Kundgebung. In: Berner Tagwacht, 8.3.1920.